Nr. 220 — Halle a. S., Mittwoch den 20. September 1905. — Jahrg. 16.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. — Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. für auswärt. Anzeig. 25 Pfg.

Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Ist eine Reform des Strafvollzuges möglich?

Nicht ohne Erschütterung wird der denkende Leser das kleine Buch Georg Gradnauers über das Elend des Strafvollzugs aus der Hand legen.*) Nachdem er den Höllenweg durch eine Welt grenzenloser Verwahrlosung und stumpfsinnigster Barbarei gegangen, kommt er schließlich auf das Kapitel, darin der Verfasser nach einem Ausweg sucht — innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung! Der Verfasser ist ein Sozialdemokrat und als solcher sich dessen wohl bewußt, daß das Verbrechertum wie sein nicht minder grauenvolles Gegenspiel, das Elend des Strafvollzugs mit dieser Ordnung organisch verbunden und ohne sie nicht zu beseitigen ist. Als Sozialdemokrat kann er sich aber auch nicht auf den bloßen Hinweis beschränken, wie sehr sich diese Ordnung längst das Todesurteil verdient hat, als Sozialdemokrat kann er nicht verzichten auf die praktische Gegenwartsarbeit oder wenigstens auf den Versuch, solche zu leisten. Und hier enthüllt sich die Tragik seiner Aufgabe: das eifervollste Bemühen, die humanste Gesinnung trifft überall auf verriegelte Tore. Innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung — laßt, die ihr eingeht, jede Hoffnung schwinden! Innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung wird jeder Versuch der Reform vergebliches Mühen bleiben, und mag die Beseitigung einiger mittelalterlicher Barbareien dem Gewissen einige Erleichterung gewähren, so wird doch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung jeder Besserungsversuch elendes Stückwerk bleiben.

Wir übergehen die Kapitel der Schrift, die mehr kritischer und destruktiver Art sind; wer einen Einblick in das gedankenlose, Leiber und Seelen mordende Treiben unseres Strafvollzugs gewinnen will, mag die Schrift selber lesen. Denn was diesen Teil betrifft, darf man sich damit begnügen, dem Epigramm zuzustimmen, in dem der Verfasser sein Urteil über den Strafvollzug zusammenfaßt: er mache nicht Verbrecher zu Menschen, sondern Menschen zu Verbrechern. Aber wo findet sich ein Ausweg — „innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung"?

Die Auseinandersetzungen, die sich auf diese Frage beziehen, müssen sich notwendig zum großen Teile an die Adresse der sogenannten „positiven Schule" richten, die ja die Trägerin der zumeist diskutierten Reformgedanken ist.

Gradnauer rechnet es ihr und ihrem Haupt, dem Professor v. Liszt mit Recht als ein Hauptverdienst an, daß sie den Kampf gegen die kurzfristige Freiheitsstrafe aufgenommen hat, die in vielen Fällen nichts anderes als eine wegen Zahlungsunfähigkeit des Verurteilten umgewandelte Geldstrafe ist. Sofern solche Strafe noch Unbescholtene trifft, ist die Aussetzung der Strafe durchaus zu befürworten. In anderen Fällen, wo die Gesellschaft auf ihr Recht auf Rache nicht verzichten zu können glaubt, wird die Vermeidung der demoralisierenden Erstlingshaft umgemein schwierig.

Wenn Gradnauer für solche Fälle vorschlägt, daß „die Zahlung der Geldstrafe möglichst erleichtert wird", daß die Strafe in kleinen Raten gezahlt, im Falle der Arbeitslosigkeit und beim Nachweis besonderer Bedürftigkeit gestundet werden soll, so lauert hinter der praktischen Durchführung solcher Vorschläge doch wieder neues Unheil. Es stellt sich dann die Möglichkeit heraus, daß eine ganze Familie wegen eines geringfügigen, moralisch vielleicht gar nicht verdammenswerten Delikts eines ihrer Mitglieder in die dauernde Schuldnechtschaft der strafvollziehenden Gewalt gerät. In zahllosen Fällen würden Unschuldige und oft diese allein von der Strafe getroffen werden. Das ist gewiß kein erstrebenswerter Zustand.

Völlig mit dem Verfasser übereinstimmen kann man hingegen wieder dort, wo er sich gegen das von der positiven Schule propagierte System der unbestimmten Strafzumessung wendet. Hier ist in der Tat der entschiedenste Widerstand am Platze. Denn die unbestimmte Strafzumessung beruht auf einem Gedanken, der zwar theoretisch einwandfrei, aber innerhalb des Gegenwartsstaates utopistisch ist. Haben wir erst einen Staat, der seine Aufgabe weniger darin findet, die „Tugendhaften" gegen die „Bösen" als vielmehr darin, diese „Bösen" vor sich selber zu schützen, dann können wir ihm den auf Abwege Geratenen ruhig anvertrauen und es seiner humanen Einsicht überlassen, wann er einen Zögling für reif hält zum Wiedereintritt in eine freie Gesellschaft. Unser Klassenstaat aber, der als Vertreter der Besitzenden von Zorn, Angst und Rachsucht gegenüber dem Verbrechertum erfüllt ist, ist nicht imstande, eine solche Einsicht zu üben. Wollen wir den Verbrecher dazu erziehen, daß er fremdes Recht achte, so müssen wir ihn erst begreifen lehren, daß er selber Rechte hat, und dieses Ergebnis wird nicht dadurch erzielt, daß man ihn in zeitlicher Unbegrenztheit der Willkürgewalt des Staates überläßt.

Ueber die Forderungen, die Gradnauer an das Gefängniswesen stellt, wird unter zivilisierten Menschen — wozu die günstigen Kriminalisten allerdings zum guten Teile nicht zu zählen sind, kein Streit bestehen: Verbesserte Hygiene, vermehrte Bewegungsfreiheit, Erziehung zur Berufsarbeit, Gelegenheit zu geistiger Fortbildung, Abschaffung der Einzelhaft und der grausamen Disziplinarstrafen. Will man noch einen Schritt weiter gehen, so wird man auch die Einrichtung besonderer Abteilungen verlangen müssen. Denn es ist ein offensichtlicher Unsinn, wenn man dem Messerstecher das Raufen, dem Dieb das Stehlen, dem Betrüger das Schwindeln durch ein und dieselbe allheilende Methode abgewöhnen will.

Indes wird es noch eine gute Weile dauern, bis auf dem Gebiete des Strafvollzugs die einfachsten Forderungen der Vernunft und Menschlichkeit erfüllt werden und nur das Wenige geschieht, das möglich ist — „innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung"!

*) Dr. Georg Gradnauer. Das Elend des Strafvollzugs. Berlin 1905. Verlag des Vorwärts.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 19. September 1905.

Die Organisation des Zentrums.

Während unser Parteitag in Jena daran ist, unserer Partei eine neue Organisation zu geben, ist es nicht uninteressant, einen Blick auf die Organisationsverhältnisse und Organisationsbestrebungen der gegnerischen Parteien zu werfen. Es ist bekannt, daß die Sozialdemokratie überhaupt die erste Partei in Deutschland gewesen ist, die über eine zusammenhanglose bloß zum Zweck zusammengetriebene Wählermasse zu einer wirklichen Organisation emporgediehen. Nur allmählich begannen die Gegner von ihr zu lernen: in dichtem Anschluß an das sozialdemokratische Vorbild und unter ausdrücklichem Hinweis auf dieses entstand die Organisation des Bundes der Landwirte. Die Versuche anderer Parteien, das Beispiel der Sozialdemokratie nachzuahmen, haben sich aber als mehr oder minder unausführbar erwiesen. Selbst das Zentrum, das als die bestorganisierte bürgerliche Partei gilt, blickt neidvoll zur geschlossenen Organisation der Arbeiter auf.

Die gegenwärtigen Verhandlungen des Parteitages in Jena haben der Germania den Anlaß gegeben, sich mit den Organisationsverhältnissen ihrer eigenen, der Zentrumspartei zu beschäftigen, und was sie darüber zu sagen weiß, klingt für Zentrumsleute just nicht erhebend. Sie verweist auf die Bestrebungen, dem Zentrum gleich der Sozialdemokratie eine zentralistische Organisation zu geben, eine Parteizentrale in Berlin und Parteisekretariate in allen Landesteilen zu schaffen. Indes besitzt das Zentrum bisher nur ein Parteisekretariat in der Rheinprovinz, dem sich nächstens ein zweites in Westfalen angliedern soll. Und der Grund dieser mangelhaften Verhältnisse? Geldmangel! Man sollte es nicht für möglich halten, daß die großen Kirchenfürsten und die steinreichen Zentrummagnaten ihre Schweizer so schlecht bezahlen! Die Germania spricht von mehrjährigen Versuchen zur Gründung einer Parteikasse fast im Tone der Wehmut und Resignation. Und da sie sich doch ein weinig schämt, fügt sie hinzu: die sozialdemokratischen Arbeiter steuerten eben nur zu politischen Zwecken, nicht aber auch zu wohltätigen, wie es die Katholiken täten. Die Germania scheint nicht zu wissen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter auch gewerkschaftlich organisiert sind und infolgedessen auch sehr große Summen zu „wohltätigen" Zwecken verwendet — wobei freilich zwischen frommem und sozialdemokratischem Wohltätigkeitswesen der Unterschied besteht, daß die Arbeiterorganisation keine Almosen gnädig von oben herab spendet, sondern in Not geratene Kollegen nach Kräften kameradschaftlich unterstützen.

Das Zentrum ist trotzdem mächtig, weil die gewaltige Organisation der Kirche hinter ihm steht. Auch zu Wahlzwecken fehlt es ihm nicht an Geld, und durch das katholische Vereinswesen wird unter den Zentrumsmitgliedern immer doch ein gewisser Zusammenhang erhalten. Bestrebungen, die darüber hinausgehen, werden freilich bei ihm wie bei den

1] [Nachdruck verboten.

Der Schwarzritter.

Von Ewald Gerhard Seelinger.

Auf dem Anger hinter dem Dorfe spielten die Kinder.

Es war im Mai, die Weidenbäume standen im frischgrünen Blätterschmucke, schon flirrten die abgerissenen Kätchen hier und da in das spärliche Gras hernieder. Die Mittagssonne brannte den faulen Maikäfern, die droben im grünen Laube hingen, auf die braunen Röcke, malte goldene Flecke und Ringel an die grauschwarzen Stämme und küßte und streichelte die jungen, sauberen, gelbblonden Gänschen, die um ihre schmutzige Alte herumfaßen, hin und wieder an einem Grashalme zupften und dazwischen mit ihren zarten Stimmlein piepsten.

Es saßen unter den biegsamen Ruten der kurzen, dicken Weidenstämme sechs solche kleine Gänseherden. Ihre Hirten lagen sorglos in der Mitte und spielten. Es waren sieben blonde Jungen von zehn bis zwölf Jahren. Sie spielten: „Messerle pinkt!"

In der Mitte war ein faustgroßes Loch. Von diesem gingen strahlenförmig nach den Seiten sieben Reihen kleinerer Löcher. An dem Ende einer jeden Lochreihe hockte einer der Spielenden. Ein Hölzchen, welches in einem der kleinen Löcher steckte, bezeichnete den Punkt, bis zu welchem der Spieler nach der Mitte vorgeschritten war. Wer zuerst mit seinem Hölzchen in dem Mittelloche war, war „heraus", die übrigen spielten weiter; der letzte mußte zur Strafe „fuchen" gehen.

Gespielt wurde mit einem Taschenmesser. Jeder mußte es der Reihe nach einmal in die Höhe werfen, daß es sich in der Luft mehrmals überschlug. Dabei sagte er, gleichsam um das Messer für seine Zwecke umzustimmen: „Messerle pink, pink!" Fiel es nun so, daß das Schmiedezeichen der Klinge nach oben kam, so durfte er ein Loch weiter nach der Mitte rücken. Wies die leere Messerseite nach oben, mußte er in seinem Loche bleiben.

Dabei galt es, die Augen offen zu halten. Wie leicht konnte das Messer im letzten Augenblick durch einen leichten Stoß gewendet werden, wie leicht konnte einem Unaufmerksamen sein Merkhölzchen ein Loch zurückgeschickt werden!

„Ich bin schunt wieder fertig!" rief einer und sprang empor. Es war ein schlankes Bürschchen von zwölf Jahren. Seine strohblonden Haare standen wie die zerzausten Aeste eines Weißdornstrauches nach allen Richtungen. Ein paar dünne, sehnige Arme staken aus dem blauen Hemde, ein paar nackte, stramme Beinchen aus der kurzen Hose hervor.

„Er hat wieder gemogelt!"

„Ich? Ich hab' gemogelt?"

„Du kannst gieh, Du darfst nich mehr mitspiel'n."

„Ich hab' nich gemogelt!"

„Wull! — Du bist wieder zwee Lecher uff eemal weitergehupft!"

„Is nich wahr!"

„Du Liegenmaul! Wenn Du nich gleich giehst kriegste Dreiche!"

„Aber mei Messer will ich wieder haben," damit lief er zu dem, welcher das Messer in der Hand hielt, und riß es an sich.

„Das Messer haste gestohl'n!" schrie ihn der größte an, ein langer Bengel von zwölf Jahren, „Meim Onkel haste das Messer gestohl'n, Du Dieb, Du Räuber."

Der Kleine stand ruhig an einem Weidenbaume, die Zähne aufeinander gebissen, das Messer in der Faust.

„Gibste das Messer här!"

Die grauen Augen des Kleinen funkelten, aber er rührte sich nicht.

„Ich hab's gleich wieder erkannt. Mein Onkel sei Messer sag ooch zu aus, un nun is weg." Die Rede richtete sich mehr an die anderen, die unbeteiligt am Boden umher hockten.

„Giebste 's gleich här!"

„Kumm, kull Dirch doch!" höhnte der vom Baume her.

„Kummt, wir wullen alle ibern härziehn, Ihr halt ihn fäst, und ich nähm ihm's Messer weg."

Die anderen ließen sich das nicht zweimal sagen. Sie sprangen auf und stürzten sich auf den Kleinen, allen voran der Lange.

Ehe er aber noch zugreifen konnte, brüllte er auf und taumelte hinkend zurück. Der Kleine hatte ihm das Messer in den Oberschenkel gedohrt und stand regungslos am Baume, mit hochroten Wangen und fliegendem Atem. Das Messer hatte sich durch die Wucht des Stoßes zusammengeklappt und dabei eine lange, tiefe Wunde in den Zeigefinger gebissen, der sich krampfhaft um die Klinge schloß. Große, rote Blutstropfen rannen von der Stelle aus die Messerschneide entlang bis zur Spitze hinab, schwankten dort einen Augenblick zitternd hin und her und fielen in das grüne Gras

Der Kleine schien es nicht zu fühlen. Mit seinen trotzigen Augen empfing er die anderen, die nun mit Wutgebrüll, welches die Schenkelwunde angestimmt hatte, auf ihn losstürzten, alle zu gleicher Zeit.

Ein paar Hände griffen nach dem bewaffneten Arm, einige wühlten sich in den blonden Haarbusch, andere rissen den Kleinen an den Kleidern zu Boden. Ein Mutiger entwand ihm das Messer.

Ein wirrer Knäuel von nackten Armen und Beinen, krallenden Fingern und Zehen und flatternden zerzausten Haarsträhnen wälzte sich am Boden umher.

Endlich hatten sie ihn unten.

Zehn Fäuste fielen wie die Hämmer eines Pochwerks unablässig auf Kopf, Nacken, Rücken und Beine herunter.

Alles das geschah wortlos, nur einige Seufzer der Anstrengung und das fortgesetzte Gebrüll des Verwundeten, der gekrümmt am Boden lag und seine Hände gegen die Wunde preßte, ließen sich hören.

Der Besiegte rührte keine Muskel. Er lag mit dem Gesicht nach unten, um es vor den Schlägen, die infolge seiner Hartnäckigkeit mit wachsender Wut niedersausten, zu schützen.

Aber kein Laut entschlüpfte seinen Lippen.

Ein paar Furchtsame hörten auf. Er lag wie tot. Endlich ließen sie ganz von ihm und scharten sich um den Verwundeten, der vergeblich das Blut, welches ihm über die nackte Wade lief, zu stillen suchte. Das Wutgebrüll, das er bisher ausgestoßen hatte, wurde unter den besorgten Augen und tastenden Fingern der anderen zum angstvollen Stöhnen und furchtzitternden Wimmern.

„Wer missen ihm die Hose runter zieh'n!"

Ein paar schnelle Finger griffen zu. Der Lange schrie, als wenn es ans Leben ginge. Die Wunde zeigte einen langen, tiefen Spalt, aus dem das Blut in drängenden Wellen rann.

„Dat eens een Schnupptichel da?"

Ein zerknülltes, rotes Tuch mit einem schreienden Muster kam zum Vorschein. Es schien am wenigsten seinem eigentlichen Zwecke gedient zu haben.

Einer wollte es um die Wunde legen.

„Erscht een paar Wegerichblättier!"

Zwei Jungen liefen nach den breiten, kühlenden Blättern, die hie und da über den schlammgrauen Grund grüne Rosetten gemalt hatten.

Behutsam wurden die kalten Blätter auf den Schnitt gepreßt; dann kam das Tuch darüber. Die Blutung wurde zusehends schwächer.

Angst aber hatten sie alle.

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050920-19/fragment/page=0001

übrigen bürgerlichen Parteien immer nur Stückwerk schaffen: denn ihnen fehlen die zwei Dinge, die zur Gründung einer starken einheitlichen Organisation nötig sind: die breiten gleichgearteten Massen und das große begeisternde Kampfziel. Ein schlechter Anfang ist es aber nicht, daß der Zentrumspresse, die sonst tut, als erwarte sie jeden Tag den Zerfall der Sozialdemokratie, im Angesicht der bevorstehenden Parteitagsverhandlungen der Stoßseufzer entfährt: Ja, wenn wir es auch so hätten!

Hofmeister und Rittergutsbesitzer.

Bezeichnende Schlaglichter auf die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter warf eine Verhandlung vor der Ferien-Strafkammer in Weimar gegen den Hofmeister Bank des Rittergutes Tromlitz, der wegen Hausfriedensbruchs vom Blankenhainer Schöffengericht zu einer sechstägigen Gefängnisstrafe verurteilt ist. Der Berl. Volksztg. wird darüber berichtet:

Am 23. Oktober v. J. gibt der Gutsbesitzer Trotlineur auf Tromlitz dem Hofmeister den Auftrag, einem Pferd, das wund geworden war, einen Schwanzriemen aufzulegen. Den Einwand, daß keiner vorhanden sei, wehrt der Gutsbesitzer — der sich seine Anrufe und Anordnungen von den Arbeitern zum Zeichen des Verständnisses mit den Worten: „Jawohl, Herr Leutnant" bestätigen ließ — mit heftigen Ausdrücken ab, der Hofmeister möge sehen, wo er einen Riemen bekomme. Darauf fordert Bank den Sattler auf, einen solchen Riemen zu machen, dieser aber lehnt es ab, da er Sonntagsarbeit nicht mache, vertröstet jedoch auf den folgenden Tag. Am Morgen des 24. Oktober erscheint der Gutsherr und Leutnant wieder im Stall, sieht das Pferd ohne den Riemen und fragt, warum seiner Anordnung nicht Folge geleistet sei. Der Hofmeister antwortet, er habe es vergessen (die Weigerung des Sattlers scheut sich der Mann mitzuteilen). Jetzt schreit der Herr Leutnant den Hofmeister unter Benutzung von Ausdrücken, die sich hier nicht wiedergeben lassen, dermaßen an, daß der sehr ruhige Arbeiter zu der Aeußerung sich veranlaßt sieht, der Herr möge ihn nicht so anschreien, da er noch ganz gut und besser als viele andere Leute hören könne. Darauf schreit der Gutsherr: „Scheren Sie sich hinaus!" Als hierauf die Antwort folgt: „Ich habe vierteljährliche Kündigung," erwidert der Gutsherr und Leutnant: „Machen Sie sofort, daß Sie raus kommen! Er packt gleichzeitig den Arbeiter am Kragen, um den Mann zum Stall hinaus zu werfen. Dieser setzt sich zur Wehr, drängt den Angreifer zur Seite und entgegnet: „Nur nicht angreifen, Herr Leutnantchen, ich gehe allein." Auf diese Worte nimmt der Gutsherr und Leutnant seinen Stock und schlägt auf den Arbeiter ein, ihn dabei am Kopfe verletzend und den kleinen Finger der linken Hand zerschlagend, so daß dieser jetzt steif geworden ist. (!) Der Mann hält den Stock des Wütenden fest, bis der durch den Lärm angelockte Verwalter herbeikommt und die Kämpfenden auseinanderbringt. Der Mißhandelte muß sofort den Hof verlassen und wird vom angreifenden Gutsherrn noch wegen Hausfriedensbruchs angezeigt.

Das Blankenhainer Schöffengericht verurteilte ihn zu Gefängnisstrafe; die Strafkammer erblickte in der Tatsache, daß der Angeklagte nicht sofort den Stall verlassen hatte — in dem der Mann dienstlich beschäftigt war und der in dem Gehöft lag, in dem auch seine eigene Wohnung sich befand —, die Merkmale des Hausfriedensbruchs, nur glaubten die Richter, daß eine Geldstrafe genüge und erkannten auf 10 Mk. Strafe. Der jetzt in Wenigenjena wohnhafte mißhandelte Mann will das Urteil angreifen.

Und was ist dem Gutsbesitzer und Leutnant passiert, der dem Hofmeister den Kopf blutig und den Finger steif geschlagen hat?

Eine Katzbalgerei in der „Ordnungs"-Presse.

Unter der Ueberschrift „Nationalliberale Sakristei-Schnüffelei" war in der ultramontanen St. Johanner Volkszeitung und der Neunkirchener Zeitung ein Artikel erschienen, in welchem dem Vorstande des nationalliberalen Wahlvereins der Vorwurf gemacht wurde, er habe die zur Parteikasse gezahlten Arbeitergroschen bei seinen Wahlsiegesfesten in Sektbatterien aufgehen lassen. Dieser Artikel sollte angeblich eine Antwort auf einen Artikel der nationalliberalen Saar- und Blies-Ztg. sein, in welcher dem katholischen Pfarrer von Heiligenwald ein Vorwurf daraus gemacht wurde, daß er Gelder für den Kirchenbau in Heiligenwald sammeln lasse. Nachdem ein früheres Urteil vom Reichsgerichte aufgehoben worden war, hat das Landgericht Saarbrücken am 30. Januar den Redakteur Mathias Bretz in St. Johann (jetzt Mannheim) zu vier Wochen Gefängnis und den Buchhalter Jakob Lehnen in Neunkirchen (Bez. Trier), der für seinen Bruder Redakteur Ludwig Lehnen die betreffende Nummer verantwortlich gezeichnet hatte, zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Gericht hat auf Grund des Zugeständnisses der Angeklagten festgestellt, daß sie unwahre Angaben verbreitet haben. Es liege Verächtlichmachung vor durch den Vorwurf der Unterschlagung oder Untreue an den zu Wahlzwecken gespendeten Arbeitergroschen. Vor 20 Jahren habe allerdings einmal ein Vorstandsmitglied im Scherz zu einem andern gesagt, der Sekt werde aus dem Wahlfonds bezahlt. Dieser Ausspruch sei den Angeklagten zu Ohren gekommen in der Form „der Wahlfonds muß vertrunken werden". Bretz hat die Interessen des angegriffenen Pfarrers verteidigt, ohne aber dazu berechtigt gewesen zu sein, da er weder einen Auftrag noch nähere Beziehungen hat. Lehnen hat die Beleidigung bei Gelegenheit der Wahrnehmung berechtigter Interessen begangen.

In ihrer Revision bestritten die Angeklagten, sich strafbar gemacht zu haben. Das Gericht hätte ihnen den bösen Glauben nachweisen müssen, nicht aber ihnen den Beweis für ihren guten Glauben aufbürden dürfen. Sie hatten berechtigte Interessen allerdings wahrgenommen, da alle Katholiken des Kreises Saarbrücken sich durch den Artikel der Saar- und Blies-Ztg. verletzt fühlten. — Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Verwerfung der Revision, da die Schuld der Angeklagten ausreichend festgestellt und ihnen keine Beweislast aufgebürdet worden sei. Den § 193 habe das Landgericht ganz im Sinne des Reichsgerichts ausgelegt. Danach haben die Angeklagten nicht berechtigte Interessen wahrgenommen.

Wilhelm II. und der russische Militarismus. Wilhelm II. hat dem Kommandeur des 5. Kalugaer Infanterie-Regiments Kaiser Wilhelm I., Generaladjutanten Skalon, der gegenwärtig die Militärdiktatur in Warschau handhabt, aus Anlaß der hundertjährigen Jubelfeier des Regiments folgendes Telegramm gesandt:

„Ich danke Ew. Exzellenz für den ehrerbietigen Glückwunsch. Es hat mich überaus gefreut, da ich wußte, welche Liebe und Hochachtung mein unvergeßlicher Großvater dem Kaluger Regiment entgegengebracht und der Zeit gedacht hat, als er an der Spitze der russischen und preußischen Truppen sich das Georgskreuz erworben hat. Wilhelm I. R."

Dieses Telegramm galt als Antwort auf die Dankesdepesche des Regimentskommandeurs anläßlich der Verleihung einer Fahne an das Regiment durch Wilhelm II.

Die neueste Verlustliste aus Südwestafrika meldet: Gefallen: Leutnant Groß, Reiter Hauptmann; an seinen Wunden gestorben: Reiter Sey; verwundet: Major Märker, Assistenzarzt Korsch, Unteroffizier Winzer, Reiter Simon, Nitsche, Zacher und Bollmer, Leutnant Lorenz; Gefreiter Franzeck infolge eigener Unvorsichtigkeit durch Schuß in den Schenkel verwundet.

Eine Hiobspost aus Ostafrika. Wie aus München gemeldet wird, traf in St. Ottilien am Sonntag aus Dares-Salam folgende Depesche ein:

Die Missionsstationen Nyanga und Luculedi, die drei Tagereisen voneinander entfernt im Bezirk Lindi liegen, wurden zerstört. Die vermißte Schwester Walburga ist ermordet, die Schwester Alvia ist tot. Die Missionäre von Kigbafera (Landschaft Ungoni, Bezirksstation Songea) sind nach Wiedhafen am Nyassasee geflüchtet. Von den übrigen Missionsstationen ist in St. Ottilien keine Nachricht eingetroffen.

Merkwürdigerweise scheint noch keine amtliche Meldung über die Zerstörung der beiden Missionsstationen durch die Aufständischen vorzuliegen. Die offiziöse Berichterstattung aus Ostafrika wird jedenfalls nach demselben Muster arbeiten wie die aus Südwestafrika.

Ein Skandalprozeß wegen Unredlichkeiten in der Bahnverwaltung hat gestern vor der Strafkammer des Landgerichts in Schneidemühl gegen den Bahnmeister Belke und Genossen begonnen. Die Verhandlung ist auf 14 Tage berechnet, da nahezu 250 Zeugen zu vernehmen sind. Auf der Anklagebank nehmen Platz: der Bahnmeister Belke, Frau Bahnmeister Olga Belke, Kaufmann Viktor Friedeberg-Breslau und Materialienverwalter Johann Geburczik.

Ein netter „Schutz"mann. In Chemnitz versuchte am Freitag früh ein Schutzmann an einem Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen zu verüben. Durch das Schreien des Mädchens wurden jedoch Passanten aufmerksam, denen es gelang, den Schutzmann festzunehmen.

Mord und Totschlag im Manöver. Im Biwak bei Miehlen (Hessen-Nassau) erstach eine Ordonnanz, der Musketier Chesnyn vom 135. Regiment, den Bataillonsschreiber, Rekrut Bochert. Der Täter diente bereits zwei Jahre. Er ist verhaftet worden. — Im Manöver in der Gegend von Augsburg erhielt der Sergeant Bahl vom 11. bayrischen Infanterie-Regiment seitens des gegnerischen 10. Regiments einen scharfen Schuß durch Magen und Leber und erlag bald darauf seinen Verletzungen. Das Gefecht wurde sofort abgebrochen und eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Verurteilter Reservist. Wegen tätlichen Angriffs auf einen Militärposten hatte sich der Reservist Müller aus Solingen vor dem Kriegsgericht der 30. Division in Zabern (Elsaß) zu verantworten. Der Angeklagte, der verheiratet und Vater von vier Kindern ist, war seinerzeit auf 14 Tage beim Infanterie-Regiment Nr. 99 in Zabern zu einer Uebung eingezogen. Bei dieser Gelegenheit ließ er sich die obige unüberlegte Tat zuschulden kommen. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis.

Um der geheiligten Disziplin willen ist also wieder einmal eine Familie unglücklich gemacht worden.

Zur Fleischnot.

Eine Ente aber keine Schweine! Die National-Zeitung meldet, „sicherem Vernehmen nach" stehe die Oeffnung der russischen Grenze für die Zulassung des erhöhten Kontingentes russischer Schweine unmittelbar bevor. Fast die ganze Presse nimmt diese Nachricht mit größter Reserve auf. Offenbar handelt es sich nur um ein Beschwichtigungs-Manöver. Podbielskis Stellung wird sicher noch nicht so erschüttert sein, daß man gegen seinen Willen die russische Grenze öffnen will. Der Schweine züchtende Landwirtschaftsminister wird nach wie vor gegen eine Vermehrung der russischen Schweineeinfuhr sein.

Die Cholera.

Ueber den Umfang der Cholera-Epidemie meldet der Reichs-Anzeiger:

Vom 16.—17. September sind im preußischen Staat zehn choleraverdächtige Erkrankungen und fünf Todesfälle, vom 17.—18. mittags weitere 3 choleraverdächtige Erkrankungen und 1 Todesfall an Cholera festgestellt worden. Von den früher gemeldeten choleraverdächtigen Erkrankungen ist eine durch die bakteriologische Untersuchung nicht als Cholera festgestellt worden. Die Gesamtzahl der Cholerafälle beträgt 202 Erkrankungen, von denen 75 tödlich endeten. Von den vom 17.—18. September gemeldeten Neuerkrankungen entfallen auf die Kreise Rastenburg 1, Marienburg 3, Graudenz 2, Lebus 1, Stettin 2, Posen 1, Schubin 1, Czarnikau 1, Breslau 1.

In Garz a. O. wurde der Kahn des Schiffseigners Bernhardt aus Niederstreitz angehalten. Die Kahninsassen, der Schiffseigner und seine Familie wurden als choleraverdächtig in die Ueberwachungsstation Garz eingeliefert. Der eine Sohn liegt schwerkrank darnieder.

In Berlin sind eine Anzahl Reservisten in der früheren Kaserne des Telegraphenbataillons in der Wrangelstraße auf Anordnung der Sanitätsbehörde interniert worden. In Thorn hatten Uebungen von Reservisten stattgefunden, die jedoch mit Rücksicht auf die dort herrschende Cholera abgebrochen wurden. Die aus Berlin eingezogenen Mannschaften, 4 Offiziere, 11 Unteroffiziere und 90 Mann, haben bereits an Ort und Stelle eine 5tägige Quarantäne durchgemacht und sind jetzt nach Berlin zurücktransportiert worden, wo sie noch einige Tage unter Beobachtung bleiben.

In Güstrow sind zwei Personen an choleraverdächtigen Erscheinungen gestorben. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet. Infolgedessen sind auf Anordnung des Generalarztes des 2. Armeekorps die in Güstrow einquartiert gewesenen Mannschaften vom Dragoner-Regiment Nr. 12 sofort aus dem Truppenverband ausgeschieden und in den Krekower Baracken isoliert worden.

Die Cholera in Oestreich? Im Gerichtsgefängnis zu Tarnobrzag erkrankte ein Häftling unter Symptomen von asiatischer Cholera. Das Gerichtsgebäude wurde sofort isoliert.

Ausland.

Oestreich. Der internationale Arbeiter-Versicherungs-Kongreß ist am Montag in Wien eröffnet worden. Der erste derartige Kongreß tagte im Jahre 1889 in Paris, das letzte Mal im Jahre 1902 wurde er in Düsseldorf abgehalten. Auf der Tagesordnung des Kongresses steht vor allem ein Referat über die Entwickelung der Arbeiter-Versicherung aller Länder seit dem ersten Kongresse, also seit den letzten 15 Jahren. Der Kongreß ist von den Regierungen einer großen Anzahl von Staaten offiziell beschickt. Außer fast allen größeren europäischen Staaten ist auch Australien vertreten; auch die östreichische Sozialdemokratie hat eine Anzahl Vertreter entsandt.

— In Olmütz hat es am Sonntage ernste Zusammenstöße zwischen Tschechen und Deutschen gegeben.

Norwegen. Die Unabhängigkeit anerkannt. Nach Meldungen aus Stockholm erweckte die Einigung zwischen Schweden und Norwegen ungeheure Begeisterung unter den Schweden. Wie der Stockholmer Berichterstatter der Daily Mail meldet, spielten Musikkapellen auf den öffentlichen Plätzen, um die allgemeine Freude laut kundzugeben. Im ganzen Lande läuteten die Kirchenglocken, in den Kaffeehäusern umarmten sich Personen, die einander vollständig fremd waren, kurz, der Jubel war allgemein. Schweden wird nunmehr die Unabhängigkeit Norwegens durch einen formellen Vertrag anerkennen. Dieser Vertrag wird Klauseln enthalten, welche vorschreiben, daß sämtliche Streitfälle zwischen Schweden und Norwegen einem Schiedsgerichts zur Entscheidung vorgelegt werden. Die diplomatischen Sondierungen, welche Nansen und andere hervorragende Norweger in London und in anderen Hauptstädten vornahmen, ergaben, daß die Mächte dem Beispiel Schwedens folgen und die Unabhängigkeit Norwegens anerkennen werden.

Schweden. Der achte Sozialdemokrat ist in den Reichstag gewählt worden. Von 230 Wahlen haben bis jetzt 174 stattgefunden.

England. Desertionen bei der Marine. Das unter dem Befehl des Prinzen Battenberg Kanada besuchende Kreuzergeschwader hat bereits 100 Mann durch Desertion verloren und man fürchtet täglich neue Verluste.

China. Maßnahmen in der wiedererlangten Mandschurei. Ein Dekret verfügt die Oeffnung vieler Plätze in der Mandschurei für den Handel mit der Maßgabe, daß alle Vertragsmächte dort gleiche Rechte haben sollen. Die Ortsbehörden sind angewiesen, den Handel nach Möglichkeit zu entwickeln.

Japan. Unredlichkeiten bei der Marine. Es sind Unterschlagungen von 330 000 Yen durch drei Marinezahlmeister entdeckt worden. Die Nachricht wurde zunächst mit Ruhe aufgenommen; nachdem jedoch bekannt geworden, daß sich die Unterschlagungen über ein Jahr hin erstrecken, ohne daß sie gemerkt wurden, hat ein Gefühl des Mißtrauens und der Beunruhigung gegen die Marineverwaltung Platz gegriffen. Die Angelegenheit wird wahrscheinlich Angriffe auf die Regierung hervorrufen.

Zur Revolution in Rußland.

Verhaftet wurden in Petersburg in den letzten vier Tagen 344 Personen. Bei drei Arbeitern der Werkstätten der Warschauer Bahn wurden größere Vorräte an Waffen und Patronen gefunden. An der Grenze wurden 2 Waggons, die angeblich mit Spielwaren beladen sein sollten, beschlagnahmt. Bei der Untersuchung ergab sich, daß die Gummibälle mit Dynamit gefüllt waren.

Revoltierende Bauern. Im Kreise Talsen (Kurland) sind durch Bauern Revolverattentate auf die Barone Schilling und Hahn sowie den Fürsten Lieven verübt worden. Baron Schilling wurde leicht verwundet. Die Täter entkamen.

Bestrafter Verräter. In Warschau wurde der Gießer Werblewski, ein Polizeispitzel, von drei Personen erschossen.

Im Kaukasus herrscht vollständige Anarchie. In Baku erscheint die Lage wiederum derart zugespitzt, daß jeden Augenblick der Ausbruch einer neuen furchtbaren Katastrophe befürchtet wird. — Bei dem Brande sind 35 Werke völlig vernichtet worden. Teilweise zerstört wurden die Werke der Gesellschaft Baku (Schaden 60 Prozent), Nobel (40 Prozent) und die englischen Bakuwerke (50 Prozent). Bei den Rothschild-Werken ist nur eine Parzelle in Romanij unversehrt. Fast gar nicht gelitten haben die englisch-europäische Kompagnie, die Werke zweier Tataren und des Statthalters Grafen Woronzow.

Bei Tiflis wurden fünf Omnibusse, die mit armenischen Flüchtlingen aus Schusch gefüllt waren, in der Nacht von Tataren angegriffen, die die Mehrzahl der Männer ermordeten und die Frauen in die Gefangenschaft schleppten. — Die Direktion der großen Gießerei von Siemens in Kadal hat den General Schirikine um Entsendung von Kosaken, da ihre Gegend von bewaffneten Tatarenbanden umringt sei, die das Leben ihrer Angestellten bedrohten. Trotzdem wage man aber nicht, Waffen unter die Arbeiter zu ihrer Verteidigung zu verteilen. —

Eine Menge von ungefähr 2000 Personen griff einen Wagen mit Gefangenen auf der Station Abascha an. Zahlreiche Angreifer wurden getötet oder verletzt; auch von der Bedeckung des Zuges fielen einige Mann.

Die Knutenregierung setzt die Mobilmachung fort, um die Regimenter in den Kaukasus zu schicken.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Unsittlichkeit und Geschlechtsverhältnisse aus dem russischen Heere. Vom Reichsgerichte wurde gestern die Revision des früheren Redakteurs des Harburger Volksblattes, Genosse Otto Krilbe in Berlin, verworfen, der am 15. Februar vom Langericht Stade wegen Verbreitung einer unzüchtigen Schrift — es handelte sich um einen Artikel über die geschlechtlichen Verhältnisse im russischen Heere — zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt worden ist.

Gewerkschaftliches.

Zur Lohnbewegung der Weber in Gera melden bürgerliche Blätter, daß die Weber eine fünfprozentige Lohnzulage für ungenügend erklärten und daß sie, wenn die Arbeitgeber nicht entgegen kommen die Verhandlungen abbrechen würden.

Ausland.

Streiks in Frankreich im Jahre 1904. Das französische Arbeitsamt veröffentlicht soeben die Statistik über die im Jahre 1904 stattgehabten Ausstände. Danach ist das Jahr 1904 sehr reich an Ausständen gewesen; während im Jahre 1902 nur 512 und im Jahre 1903 567 gewerbliche Konflikte zu verzeichnen waren, fanden im Berichtsjahre 1026 Streiks statt. An denselben waren 271 097 Personen beteiligt. Diese hohe Zahl wurde erreicht besonders durch den Eintritt des landwirtschaftlichen Proletariats in dem Kampfe um bessere Lebenshaltung; ferner aber auch durch die Kämpfe, welche sich notwendig machten, um das Zehnstundengesetz zur Durchführung zu bringen. Von den 1026 Ausständen waren 297 für die Arbeiter erfolgreich, 394 hatten teilweise Erfolg und 335 blieben erfolglos. Eine große Anzahl der Konflikte, nämlich 672, erreichten eine Dauer von nur einer Woche oder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050920-19/fragment/page=0002

darunter. Die kurzen Streiks, die zugleich die erfolgreichsten waren, wurden meist beschlossen und geführt durch die gewerkschaftlichen Verbände; die von solchen gelittenen Ausstände dauerten im Durchschnitt nur 11 Tage. 15 Ausstände wurden durch eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern beseitigt.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 18. September.

Vorsitzender: Landgerichtsrat Erler; Ankläger: Assessor Prosin.

Eigentumsvergehen. Die verehelichte Arbeiterin Marie Amalie Kern wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurteilt, weil sie einer Nachbarin 20 Mk. Bargeld und andere Gegenstände in Halle und Döhlau entwendet hat. — Verführt von ihrem Geliebten, dem Handarbeiter Witt, ist die 22jährige Dienstmagd Anna Knopf von hier. Beide waren wegen Diebstahls angeklagt, weil die Knopf auf Veranlassung Witts bei dem Lederhändler Kühne eine Menge Wäsche und Kleidungsstücke entwendet hat. Der Staatsanwalt beantragte gegen beide Angeklagte je 1 Jahr Zuchthaus; das Gericht kam aber zur Vertagung der Sache, um weitere Aufklärung schaffen zu können. — Der Versicherungsagent Kleia von hier, mehrfach vorbestraft, wurde wegen Betrugs zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er Provisionsschwindeleien gemacht hatte.

Hinter verschlossenen Türen wurde verhandelt gegen den Arbeiter Emil Fischer von Wörmlitz, der sich in mehreren Fällen an Kindern unter 14 Jahren in unsittlicher Weise vergangen hat. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf des Angeklagten Geständnis unter Zubilligung mildernder Umstände auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 18. September 1905, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Dittenberger.

Die vor 8 Tagen von dem Vorstand des Krankenkassen-Verbandes bezüglich der Benutzung des Krankenwagens eingereichte Petition wird von dem Oberbürgermeister Staude dahingehend beantwortet, daß der Krankenwagen stets mit zwei Pferden zum Krankentransport bereit stehen solle. Dies sei früher schon beschlossen worden. Daß an einem Tage die Pferde zum Wagen nicht zur Verfügung standen, habe daran gelegen, daß ein Rohrbruch passiert sei. Es soll nicht wieder vorkommen, daß die Pferde vom Krankenwagen zu anderen Zwecken benutzt werden. — Ob der Brand-Inspektor Dickow berechtigt oder befugt war, ein Rundschreiben an die Rendanten der Krankenkassen zu senden, soll untersucht werden. — Eine Petition des Friseur Metzler betreffend die Verkehrsordnung bei Straßeneinfahrten wurde der Baukommission überwiesen. Eine mit 40 Unterschriften versehene Petition der Straßenkehrer betreffend Lohnerhöhungen wurde auf acht Tage zurückgelegt. Die Hinterbliebenen des verstorbenen Stadtv. Kohlschütter bedanken sich für die innige Teilnahme bei der Beerdigung und den Ehrungen des Verstorbenen. — Die Kommissionen, deren Mitglied der Verstorbene war, sollen nach der Neuwahl der Stadtverordneten vervollständigt werden. — Nach einigen Richtigstellungen des Protokolls der vorigen Sitzung werden die Entschuldigungen bekannt gegeben; entschuldigt ist u. a. Stadtv. Thiele. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Bei der Genehmigung des Vertrages zum Ausbau der Grimmstraße wurde der Antrag gestellt, den Magistrat zu ersuchen bezüglich der Kanalausbaukosten eine einheitliche Vorlage zu machen.

Stadtv. Emmer weist darauf hin, daß es ungerecht wäre, in diesem Fall die Interessenten gleichmäßig heranzuziehen. Es müsse hierbei eine Trennung stattfinden zwischen den Besitzern der Grundstücke in den Hauptstraßen und der Nebenstraßen. Die Gebäude in den Hauptstraßen hätten eine größere Rentabilität. Durch eine gewisse Gleichmäßigkeit würden die Minderbegüterten zu erheblich belastet werden.

Stadtv. Schmidt meint, die Anregung des Stadtverordneten Emmer komme verfrüht; das Bauamt solle nur erst eine Berechnung aufstellen und das Kollegium könne nachher immer noch tun und lassen, was es wolle. — Das Kollegium stimmt dann dem vorgelegten Antrage zu.

Zum Ausbau der Gartenstraße werden die erforderlichen Mittel endgiltig bewilligt. — Die Stadtv. Emmer und Osterburg werfen bei dieser Gelegenheit die Frage auf, ob jene Straße eine historische Straße sei (Bürgermeister v. Holly sagt, das sei eine neue Straße) und sprechen die Befürchtung aus, daß Giebichenstein mit seinen Pflasterungen wieder benachteiligt würde. Der Fonds von 35 000 M., der bei dem Eingemeindungsvertrage für Giebichensteiner Pflasterungen ausgeworfen sei, werde zum Schaden der Giebichensteiner Bürger verwaltet. — Stadtv. Osterburg schlug vor, solche Abweichungen protokollarisch festzulegen. — Seitens des Magistrats wurde in Abrede gestellt, daß die Giebichensteiner Bürger benachteiligt würden.

Für die Kinderheilstätte zu Oranienbaum wurden auf drei Jahre je 300 Mk. bewilligt. Eine laufende Bewilligung wurde zunächst abgelehnt.

Der Herstellung einer Klosettanlage mit Wasserspülung auf dem Stadtgute wurde zugestimmt.

Zugestimmt wurde auch der Erneuerung des Fassadenputzes am Wohnhause auf dem Stadtgute.

Eine Nachbewilligung zum Kapitel XI — Armenwesen — wurde ausgesprochen.

Die Grenzregulierung zwischen den Gemeinden Halle und Nietleben an der sog. Saubrücke sowie die Fluchtlinien-Festsetzung für einen Teil des Lettiner Weges wurden gutgeheißen.

Es wird hierauf noch mitgeteilt, daß der Kolporteur Koch mit seiner Klage wegen Giltigkeit der Stadtverordnetenwahlen auch vom Bezirks-Ausschuß abgewiesen worden ist. — Humorvoll war ein von einem Lehrer Galscher eingegangenes Schriftstück. Der Herr ersucht um Aufhebung eines Beschlusses betreffs Anstellung eines Lehrers für die Fortbildungsschule mit dem Hinweise, man möge ihm lieber die Lehrerstelle übertragen. Damit war die öffentliche Sitzung beendet.

Aus den Nachbarkreisen.

Schkeuditz, 18. September. (Eig. Ber.) Heute will ich noch Blut sehen! Mit diesen Worten hatte der Schuhmacher Karl Doberstiel von hier, der als streitsüchtiger Mensch gilt, gelegentlich eines Tanzvergnügens am 19. Juni ein hiesiges Lokal verlassen. Doberstiel hatte schon im Lokal allerhand Händel begonnen, da ihm aber jeder aus dem Wege ging, war Skandal vermieden worden. Auf dem Heimwege nach Altscherbitz griff er aber ohne Anlaß den ihm bis dahin unbekannten Arbeiter Joseph Zech an und versetzte diesem mit einem Messer einen Stich in den Rücken. Zech, der von einigen jungen Leuten begleitet wurde, griff dann in der Abwehr ebenfalls zum Messer und verletzte seinem Gegner mehrere recht erhebliche Stichwunden. Das eine Ohr Doberstiels war erheblich zerschnitten worden und auch im Gesicht und im Arm hatte D. schwere Schnitt- und Stichwunden. Gestern waren nun Doberstiel und Zech wegen gefährlicher Körperverletzung vor der Strafkammer Halle angeklagt. Die Beweisaufnahme ergab aber, daß Zech ein solider Mensch ist, der Doberstiel am betreffenden Abend noch mit den Worten: „Lassen Sie mich doch gehen, belästigen Sie mich nicht, ich habe Ihnen doch nichts getan," gewarnt hatte. Doberstiel behauptete, er habe am betreffenden Abend kein Messer in der Hand gehabt, und Zech erklärte, in Notwehr gehandelt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Doberstiel 1 Jahr und gegen Zech 1 Monat Gefängnis. Das Gericht sprach Zech, der in Notwehr gehandelt habe, frei, verurteilte aber Doberstiel, der ohne Anlaß auf Zech mit dem Messer losgegangen sei, zu einem Jahre Gefängnis. Doberstiel wurde auch sofort in Haft genommen.

Kröllwitz bei Merseburg, 18. September. (Eig. Ber.) Freigesprochen von der Anklage der Unterschlagung war vom Schöffengericht Merseburg der Stellmachermeister und Steuererheber Hugo Jülich von hier, der bei dem Einkassieren von Ergänzungs- und Brandkassen-Steuern den Landwirt Weinger um insgesamt 19 Mk. geschädigt haben sollte. Die Schädigung erstreckte sich aber auf die Dauer von etwa 12 Jahren. Es handelte sich um Beträge von 20 bis 40 Pfg. Die erste Instanz nahm an, es liege ein Irrtum seitens des Jülich vor; auf denselben Standpunkt stellte sich auch das Hallesche Landgericht als Berufungsinstanz. Jülich wurde auch in Halle freigesprochen, wo der Staatsanwalt gegen ihn wegen Betrugs eine Geldstrafe von 10 Mk. beantragt hatte.

Laucha an der Unstrut, 19. September. (Eig. Ber.) Schwerer Unglücksfall. In der Konservenfabrik von Max Hunger fiel gestern vormittag der 14 Jahre alte, dort beschäftigte Arbeiter Otto Wagner aus Laucha beim Zuschütten von Pflaumen kopfüber in den Muskessel und verbrannte sich dabei am Kopf und an den Händen so schwer, daß man ihn sofort in die Hallesche Klinik schaffen mußte. Es dürfte zu untersuchen sein, ob die Schutzvorrichtungen bei der gefährlichen Arbeit genügende sind und ob Leute von 14 Jahren zu solchen Arbeiten verwandt werden dürfen.

Hettstedt, 18. September. (Eig. Ber.) An fremden Kindern soll man sich nicht vergreifen. Dies wurde auch dem Bergmann Friedrich Gebhardt von hier beigebracht, der eines Tages dem 10jährigen Schulknaben Rokohl ohne Anlaß eine derartige Ohrfeige verabreicht hatte, daß das Kind einen Abhang hinuntertaumelte. Gebhardt nahm an, der Junge habe seine, Gs., kranke Tochter geschlagen und eine Ungezogenheit begangen. Das hiesige Schöffengericht sprach Gebhardt frei; das Hallesche Landgericht verurteilte ihn aber auf Grund eingelegter Berufung zu 3 M. Geldstrafe mit dem Hinweise, wenn der Knabe eine Ungezogenheit begangen habe, so hätte der Angeklagte dies dem Vater des Knaben melden können.

Wimmelburg, 18. September. (Eig. Ber.) Ein erheblicher Spektakel verbunden mit gröblichen Beleidigungen hatten zur Folge, daß der Arbeiter Gottlieb Keitz vom hiesigen Schöffengericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Er machte in der Nacht vom 17. Juni in seiner Behausung einen derartigen Skandal, daß sich Publikum vor seinem Hause ansammelte. Als der Nachtwächter einschritt und Ruhe bot, warf er mit Blumentöpfen, Bierflaschen 2c. Da sein gegen das erste Urteil vor dem Halleschen Schöffengericht eingelegte Berufung aussichtslos erschien, beruhigte er sich bei dem Urteil erster Instanz.

Landsberg (Bez. Halle), 19. September. Die Kämpfe in der Bürgerschaft beschäftigten am Montag wieder einmal das Reichsgericht. Der Landsberger Schneidermeister Max Janke ist Stadtverordneter und hat als solcher verschiedene Kämpfe mit dem Bürgermeister Kunze gehabt. Er hatte eine Beilage zum Landsberger Nachrichtsblatte verbreiten lassen, in welchem er sich nach Ansicht des Landgerichts einer Beleidigung schuldig gemacht hat. Er ist am 3. März d. J. zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden, während der Redakteur des Blattes, Hermann Pezely, nur eine Geldstrafe von 50 Mk. erhalten hat. Die Revision Jankes gegen dieses Urteil wurde verworfen, dagegen wurde das Urteil gegen Pezely wegen Beschränkung der Verteidigung aufgehoben und die Sache insoweit an das Landgericht zurückverwiesen. Das Landgericht hatte einen Beweisantrag abgelehnt, weil nicht ersichtlich sei, welche Beweise der Angeklagte erhoben wissen wolle. Nach Ansicht des Reichsgerichts wäre es die Pflicht des Vorsitzenden gewesen, den Angeklagten zu fragen, welche Zeugen er meine. — In einer weiteren Sache, in welcher Janke und Pezely wegen Beleidigung des Bürgermeisters zu 180 bezw. 150 Mk. Geldstrafe verurteilt worden sind, wurde die Revision der Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts Halle vom 21. Januar d. J. als unbegründet verworfen.

Delitzsch, 19. Sept. Ein schwerer Junge scheint der im hiesigen Gerichtsgefängnis untergebracht gewesene Einbrecher Scharrig zu sein, der gestern von hier nach dem Untersuchungsgefängnis des Landgerichts in Halle überführt wurde. Am Sonnabend versuchte er nach Demolierung des Zellenfensters ins Freie zu gelangen, er wurde jedoch bei seinem Verhalten beobachtet und in Ketten gelegt. Auch dann noch gab er seine Versuche, sich aus den engen Mauern des Kerkers zu befreien, nicht auf und zerstörte drei Schlösser seiner Fesseln, was darauf eine noch sichere Fesselung des Verbrechers und die Ueberführung desselben in das bessere Gewahrsam in Halle zur Folge hatte.

Teuchern, 16. Sept. (Eig. Ber.) Nochmals die Strickmaschine. Im Volksblatt erscheint immer noch die Annonce: „Fünf Mark und mehr usw." Trotzdem schon in zwei Artikeln davor gewarnt ist, so will ich den letzten Artikel im Volksblatt noch etwas ergänzen. Hier von Teuchern, Stößen und Umgegend haben sich verschiedene Personen eine solche Maschine für 150 Mark angeschafft. Es ist mit der Maschine die verlangte Probearbeit nach Hamburg gesandt, dieselbe war gut ausgefallen, aber als die erste Lieferung nach Hamburg kam, ist dieselbe ohne Gründe und ohne Angabe, was fehlerhaftes an den Strümpfen sei, unfrankiert zurückgesandt worden. Den Inhabern der Maschine von hier und Umgegend kann der gute Rat gegeben werden, die fertige Ware am Orte durch Sachverständige prüfen zu lassen, und wenn die Ware als verkaufsfähig erklärt wird, und diese dann zurückgeschickt wird, die Firma zu verklagen. Den Arbeitern ist aber zu raten: Haltet die Taschen zu und kauft keine Maschine, denn diese ist höchstens 50—70 Mark wert. Höher kann sie nicht veranschlagt werden. Dieses zur Steuer der Wahrheit.

Thale, 18. September. Ein Raubmordversuch wurde nach der Halberst. Ztg. in der Sonnabend-Nacht verübt. In der Ahornallee wohnt in einer Doppelvilla eine ältere alleinstehende Dame, Frl. Kollig. In deren Schlafzimmer drang ein fremder Mann, der auf einer Leiter durch ein Fenster eingestiegen war, und versuchte sie zu würgen. Die nervöse Dame war jedoch wach geworden, auf ihre lauten Hilferufe eilten ihre im Hause wohnende Schwester und Nachbarn herbei, so daß der Verbrecher sein Opfer freilassen mußte, es gelang ihm, zu entfliehen. An dem Zeuge des Frl. Kollig fanden sich Blutspuren, man nimmt an, daß sie dem Verbrecher bei der Abwehr Kratzwunden beigebracht hat, da die Verletzungen nicht etwa von zerbrochenen Fensterscheiben herrühren können. Thale scheint ja ein ganz lebensgefährlicher Ort zu sein.

Verantwortlicher Redakteur: A. Molkenbuhr in Halle.

Der Gesamtauflage unserer heutigen Nummer liegt ein Prospekt der „Allgemeinen Serien- und Prämienlos-Gesellschaft" bei.

Ausstellung.

In der richtigen Erkenntnis, dass Möbel-Ausstellungen von einzelnen oder wenigen Zimmern den verehrl. Interessenten nur ein **unklares und mangelhaftes** Bild über Wohnungs-Ausstattungen geben, habe ich mich veranlasst gefühlt, eine **grössere Spezial-Ausstellung** für **komplette, moderne Wohnungs-Einrichtungen** in meinen eigenen geräumigen Ausstellungs-Lokalitäten zu veranstalten, zu deren kostenloser Besichtigung ich hiermit das geehrte Publikum ergebenst einlade. Man findet hier vornehme und einfachere **Salons, Speisezimmer, Damen- und Herrenzimmer, Schlafzimmer usw.** komplett mit Dekorationen ausgestellt und ist der Besucher durch diese zweckmässige Ausstellung in den Stand gesetzt, sich ein ganz **objektives Urteil** über geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen bilden zu können. Namentlich dürfte diese umfangreiche Ausstellung für Interessenten, gleichviel welchen Standes, den Vorteil haben, dass sie **vorzügliche Winke** zur Beschaffung von standesgemässen und dabei doch preiswerten Einrichtungen gibt.

Die Ausstellung ist ohne jeden Kaufzwang lediglich als solche zu betrachten.

Möbelfabrik C. Hauptmann

Inhaber: **P. Krumbein & W. Knöfel**

Halle a. S., Kl. Ulrichstrasse 36.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050920-19/fragment/page=0003

Neu eröffnet!

Beamte ohne Anzahlung.

Was ist das Geheimnis

meiner grossen Erfolge in allen Städten Deutschlands?

Billige Preise, grosse Auswahl,

kulante Kreditbewilligung,

wie es von keiner anderen Seite angenehmer und günstiger geboten werden kann.

Durch den Masseneinkauf für meine Filialen kann ich obige Vorteile gewähren und bitte ich Sie, sich von diesen Tatsachen selbst zu überzeugen, bevor Sie Ihren Bedarf anderweitig decken.

Beachten Sie folgendes äußerst vorteilhafte Angebot:

Vagen ohne Firma.

Zum Umzug

Für 3 Mark Anzahlung pro Stück erhalten Sie schon:
1 Tisch.
1 Bettstelle.
1 Matratze m. Kiss.
1 Spiegel.
3 Stühle.
1 Waschtoilette.
1 Unterbett.
2 Kopfkissen.
1 Kommode.
1 Regulator.

Für 4 Mark Anzahlung pro Stück erhalten Sie schon:
1 Spiegelspind.
1 Küchenschrank.
1 Kleiderschrank.
1 Wäscheschrank.
1 Sofa.
1 Chaiselongue.
1 Oberbett.
1 Kinderwagen.
4 Stühle.

Für 7 Mark Anzahlung erhalten Sie schon
1 Zimmer mit Küche.

Für 15 Mark Anzahlung
2 Zimmer.

Für 25 Mark Anzahlung
3 Zimmer.

Elegante Einrichtungen bis 5000 Mark zu d. bequemsten Teilzahlungen u. Uebereinkunft.

Zum Umzug

Ferner mache ich Sie aufmerksam auf mein reichassortiertes Lager in

Herren- u. Kinder-Garderobe

Serie I	Serie II	Serie III
Anzahl. von M. 5 an.	Anzahl. v. M. 5-8 an.	Anzahl. v. M. 8-12 an.
Ueberzieher von 7 Mk. an.	Damenjacketts v. 3 M. an	Damenkleider v. 3 Mk. an.

Jede Person genießt die höchsten Vorteile beim Einkauf auf **Teilzahlung** in dem neuesten, modernsten und kulantesten

Möbel- u. Ausstattungs-Geschäft

Kredit nach auswärts.

Streng diskret.

N. Fuchs

Nur **Halle a. S.,** Grosse Ulrichstrasse **58,** I. und II. Etage. neben Warenhaus Nussbaum.

Achtung, Nietleben!

Radfahrerverein „Frisch auf!"

Sonntag den 24. September von abends 7 Uhr an im Gasthof zur Sonne

BALL mit freier Nacht.

Ohne Karte kein Zutritt.

Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Staatlich

beaufsichtigt wird die Margarinefabrikation und deshalb hat das konsumierende Publikum auch die absolute Gewähr, dass die beliebte Delikatess-Margarine

„Solo in Carton"

ein appetitliches, reines und wohlschmeckendes Produkt ist, das in den weitesten Kreisen als vorzügliches Volksnahrungsmittel anerkannt und geschätzt wird!

Man fordere jedoch ausdrücklich

„Solo in Carton"

und achte auf das auf jedem Paket befindliche Garantiedatum nebst Siegelverschluss!

Ueberall erhältlich!

Warnung!

Wie uns bekannt geworden, werden in verschiedenen Halleschen Detailgeschäften, wenn das Publikum **„Kaiseröl"** fordert, andere Petroleum-Sorten unter dem gesetzlich für uns geschützten Namen **„Kaiseröl"** verabfolgt.

Wir warnen deshalb hiermit ausdrücklich vor jeder missbräuchlichen Benutzung des Wortes **„Kaiseröl"**, indem wir darauf aufmerksam machen, dass wir gegen jede derartige Verletzung unserer Rechte gerichtlich vorgehen werden.

Petroleum-Raffinerie vorm. August Korff.
Bremen.

General-Vertreter für Halle und den Reg.-Bez. Merseburg

Alfred Apelt, Halle a. S.

Ausserdem in Halle echt zu haben

in **plombierten,** mit **Schutzmarke** versehenen

1/1 Flaschen à 30 Pfg. exkl. Glas bei

Arthur Bach, Blücherstr. 3.
Bernhard Barth, Gr. Ulrichstr. 19.
Wilh. Ender, Ludw. Wuchererst. 60.
Otto Fiedler, Magdeburgerstr. 50.
Wilh. Franke, Glauchaerstr. 53.
Paul Fritzsche, Delitzscherstr. 74.
Curt Gebauer, Beesenerstr. 27.
Otto Gabeler, Ludw. Wuchererst. 75
August Nauendorf, Reilstr. 131.
Max Ott, Steinweg 36.
Hugo Schulze, Bernburgerstr. 32.
A. Steinbach, Königstr. 14.
Oswald Weise, Sophienstr. 13.
Otto Börner in Ammendorf.

Konsumverein zu Meuselwitz.

E. G. m. b. H.

Der **Inventur** halber bleiben unsere Verkaufsstellen wie folgt geschlossen:

Verkaufsstelle **Schulstraße:** Donnerstag den 28. Sept.

Verkaufsstelle **Fasanenstraße:** Materialwaren von Dienstag den 26. September mittags bis Mittwoch den 27. September abends.

Verkaufsstelle **Fasanenstraße:** Mehl, Brot und Futterartikel, Mittwoch den 27. September.

Verkaufsstelle **Fasanenstraße:** Schnitt- und Schuhwaren, von Dienstag den 26. September mittags bis Freitag den 29. September mittags.

Verkaufsstelle **Starkenberg:** Von Donnerstag den 28. Sept. früh bis Freitag den 29. September mittags.

Verkaufsstelle **Rumsdorf:** Von Dienstag den 26. Sept. mittags bis Mittwoch den 27. September abends.

Der Vorstand.

Marke „Pfeil".

Bruckdorfer Briketts.

Um die Sache kurz zu machen!

und den Rest des Lagers in

Kinder- und Sportwagen

wegen Aufnahme anderer Artikel zu räumen, habe die bekannt staunend billigen Preise nochmals ermäßigt und verkaufe zu und unter Einkaufspreis. Soliden Leuten gestatte Teilzahlung.

Gr. Berlin 12, II. bis-a-bis Engl. Hof.

Soeben erschienen:

Wahrer Jakob 1905

Nr. 19.

Zu beziehen durch alle Austräger und die Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Strickmaschinen

mit Anleitung, auch Auskunft über solche, empfiehlt die Maschinenstrickerei von

Winterstein,

Nikolaistraße 6, Händelhaus.

---

5 Mark und mehr per Tag.

Hausarbeiter - Strickmaschinen - Gesellschaft.

Gesucht Personen beiderlei Geschlechts zum Stricken auf unserer Maschine. Einfache und schnelle Arbeit das ganze Jahr hindurch zu Hause. Keine Vorkenntnisse nötig. Entfernung tut nichts zur Sache und wir verkaufen die Arbeit.

O. Kunau & Co., Hamburg, Z. V. N., Merkurstr. 331.

Nur Karl Kochs

Nährzwieback

kommt seiner Zusammensetzung und Wirkung nach der Muttermilch gleich, wirkt ernährend und gedeihlich, macht alle Verdauungsstörungen unmöglich; man gebe daher den Kindern, wenn sie gedeihen sollen, nur

Karl Kochs Nährzwieback.

Herrenstraße 1.

Zu haben in sämtl. Konsumvereinen.

Achtung! Noch nie dagewesen!

Gelegenheitskauf in Partie-Schuhwaren!

Herren-Stiefel, echt Boxcalf	Paar von	5.90 M. an
Damen-Stiefel, echt Boxcalf	Paar von	4.90 M. an
Damen-Chevreaux-Stiefel mit Lackkappe	Paar v.	5.25 M. an
Kinder-Stiefel	Paar von	0.50 M. an

Filzschuhe zu spottbilligen Preisen.

Jeder Käufer erhält beim Einkauf

ein Kind gratis.

Halle a. S., Brüderstrasse 16 (nahe am Markt).

Albrecht's Naturheilbad,

Friedenstraße 28. Fernsprecher Nr. 2698.

Bäderlieferant für fast alle Krankenkassen.

Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050920-19/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 220. Halle a. S., Mittwoch, den 20. September 1905. 16. Jahrg.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Jena, den 18. September 1905.

Kurz nach 9 Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen. Er begrüßte die Delegationen der Bruderparteien. Außer den bereits gestern erwähnten sind noch anwesend: Johann und Motj aus Lodz als Vertreter der deutschen Organisation Russisch-Polens und Litauens, Ankersmit und Mendels aus Holland. Singer versichert all den Vertretern der sozialdemokratischen Parteien des Auslandes, daß die deutsche Sozialdemokratie die Pflege der internationalen Solidarität stets für ihre erste Pflicht gehalten hat und sich eins weiß mit dem Proletariat aller Länder. (Beifall.)

Reichsratsabg. Dr. Ellenbogen-Wien: Ich brauche Ihnen unsere Anteilnahme an ihren Verhandlungen nicht noch einmal zu versichern. Aber ich glaube doch, daß Sie sich noch keine rechte Vorstellung machen, wie sehr uns jede Wahl, jeder Prozeß, jede halbwegs wichtige Reichstagssitzung in Deutschland mitnimmt, gleich als ob es unsere eigene Sache wäre. Freilich mit der wilden Sehnsucht der Alldeutschen nach der deutschen Regierung ist unsere tiefinnere Anteilnahme nicht zu verwechseln. Andererseits glaube ich nicht, daß Sie das gleiche Interesse für uns haben können. Ein vollkommener Widerspruch wie Oestreich bleibt nicht nur für Toren wie für Weise gleich geheimnisvoll, sondern tötet auch allmählich alle Anteilnahme. Wie ungesund unsere Zustände sind, das mögen Sie daraus ersehen, daß die Großmachtstellung Oestreichs, die ganze Existenz des Staates davon abhängt, ob ein Rekrut Hier oder Jelen antwortet und daß wir diese lächerlichen kindischen Fragen ernsthaft behandeln müssen. Und doch, wenn wir sehen, was wir aus diesem öden, sterilen Boden gewonnen haben, so müssen wir uns manchmal bemahe selbst bewundern. (Heiterkeit.) Gegenüber dem Unernst, der Lächerlichkeit der bürgerlichen Parteien in Oestreich sind wir das einzig Gesunde, Lebensfähige, Dauernde. Deshalb achtet man uns über unsere Zahl hinaus. (Bravo.) Man verfolgt uns nicht, man konfisziert uns nicht (Heiterkeit), wir genießen in Oestreich eine Freiheit, wie man sie sonst nur in Amerika kennt. Unseren Ausführungen im Parlament sehen die Minister mit einem schlechten Gewissen, mit der größten Besorgnis entgegen. Jetzt hat sich das vorsintflutliche Amphibium, die Hofkamarilla, wieder gezeigt. Eine fromme Betschwester hat wahrscheinlich auf Veranlassung eines zahlreichen Pfaffen am Wiener Hofe das ungarische Ministerium stürzen helfen, das bereit war, dem Volke das allgemeine Wahlrecht zu geben. Ich rufe schon jetzt Herrn v. Gautsch zu: Bei Philippi sehen wir uns wieder. Sie haben ja schon Proben gehabt, wie wir mit den Ministern reden. (Heiterkeit.) Sowohl Herr v. Gautsch wie seine Hintermänner und — Damen (Große Heiterkeit) werden von uns im Reichsrat eine tüchtige Lektion erhalten. Oestreichische Minister stehen nicht so fest, daß sie sich den Luxus einer unerhörten Provokation der Sozialdemokratie leisten könnten. Bei all der Zerfahrenheit Oestreichs war die starke, kräftige, blühende deutsche Sozialdemokratie unser Trost und unsere Freude. Daß es so bleiben möge, ist unser innigster Wunsch. (Lebhafter Beifall.)

Askew-London grüßt den Parteitag als Vertreter einer erst schwachen sozialdemokratischen Partei. Aber jetzt werde es hoffentlich vorwärts gehen, da durch die englische Bourgeoisie das Gewerkschaftsrecht zertrümmert werde. (Bravo!)

Mendels-Amsterdam: Die holländische Arbeiter-Partei, deren Hebamme die deutsche war, hat sich jetzt, obwohl die Pessimisten ihre langjährige Blutarmut prophezeiten, zu einem kräftigen Jüngling entwickelt. Bei den letzten Wahlen haben wir Rache nehmen können für die niederträchtige, grausame Unterdrückung des Eisenbahner-Streiks. Soeben komme ich von einem prachtvoll verlaufenen nationalen Meeting für das allgemeine Wahlrecht, das Sie ja schon haben. Wenn Sie später über die Mittel zu seiner Verteidigung beraten, werden Sie sich, davon bin ich überzeugt, von vertrauensseligem Optimismus ebenso fern halten wie von der verderblichen anarchistischen Phraseologie. Im Zeichen der revolutionären Sozialdemokratie wird das internationale Proletariat siegen. (Lebhafter Beifall.)

Johann-Lodz: Noch immer fließt Blut im Kampfe der russischen Arbeiter gegen den Absolutismus, so heute wie gestern. Aber das Proletariat weiß nur eines: die Notwendigkeit des Kampfes. Unermüdlich kämpft und agitiert in Polen-Rußland die Arbeiterschaft auf der Straße, in den Höfen und in den Wäldern, und wir hoffen, sie wird endlich siegen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Singer begrüßt noch als Gast den Genossen Rappaport, Mitglied des Nationalrats der Parti socialiste de France, und verliest die eingegangenen Begrüßungsschreiben und -Telegramme, u. a. von Friedrich Leßner-London, vom Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel, vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in Luxemburg, Belgien, Dänemark, Italien, vom Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund, vom deutschen Arbeiterverein in Johannesburg und zahlreichen deutschen Parteiorganisationen.

Danach tritt der Parteitag in die Erledigung der Tagesordnung ein. Erster Punkt ist nach dem gestrigen Beschlusse:

Die Partei-Organisation.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Singer werden, da doch eine neue Kommissionsberatung zu erwarten sei, alle eingelaufenen Anträge mit zur Debatte gestellt.

Referent Abg. v. Vollmar kündigt zu Beginn seines Berichtes an, daß er außerordentlich lange reden müsse, solle mehr bekannt werden, als schon ohnehin im gedruckten Bericht stehe. Er wolle rein referierend einiges aus den Verhandlungen der Kommission mitteilen und ihre Ansicht zu den inzwischen eingelaufenen Anträgen darlegen, soweit diese Vorläufer in der Kommission gehabt hätten. Von Anfang an aber dankt Vollmar für die vorzügliche Mitarbeit der gesamten Partei am neuen Statut, die gezeigt habe, daß die Genossen an ihnen wichtig erscheinenden Fragen auch tatkräftig mitzuarbeiten wissen.

§ 1 des Statuts bestimmt die Voraussetzungen der Parteizugehörigkeit. Ein Antrag (Sachsen 4) will auch die „Beteiligung an der praktischen Arbeit" darunter zählen, doch gibt die Kommission zu bedenken, daß oft die besten Genossen sehr gegen ihren Willen sich, gezwungen durch die Verhältnisse, von der praktischen Arbeit fernhalten müßten.

Zu § 2 liegen Anträge vor, bei den Ausschluß-Gründen das Wort „ehrloser Handlung" zu definieren. Vollmar gibt zu, daß diesem Antrag ein richtiges Gefühl zugrunde liege; gewiß sei das Urteil darüber, ob eine Handlung ehrlos sei, nicht immer leicht, man werde jeden Einzelfall ruhig prüfen müssen. Eine Erweiterung der Ausschlußgründe sei verschiedentlich beantragt, z. B. für den Fall wissentlich falscher Anschuldigung gegen einen Parteigenossen oder für das treulose Verhalten im Lohnkampfe. Doch müsse hierbei wie schon jetzt auch in Zukunft entschieden werden, ob eine grobe Verletzung der Parteigrundsätze vorläge oder nicht. Man könne auch nicht jeden ausschließen, der „gegen die Beschlüsse des Parteitages" handle. Denn mit demselben Recht müßten auch die ausgeschlossen werden, die gegen den Beschluß ihrer Organisation gehandelt oder den Pflichten gegen die Organisation einmal nicht nachgekommen seien. Das führe zur Splitterrichterei und Verletzungssucht. Neben der strafen Disziplin sei die Sozialdemokratie doch auch die Partei der Freiheit. (Sehr wahr!) Daß künftig nur eine Organisation den Ausschlußantrag stellen dürfe, hat die Kommission widerspruchslos beschlossen. Bisher sei es tatsächlich vorgekommen, daß die Schiedsrichter aus allen Teilen Deutschlands herangeholt worden seien. Das sei schon finanziell auf die Dauer schwer erträglich. Die jetzige Beschränkung auf den Bezirksverband konstituiere freilich eine Ungleichheit, da es ganz kleine und riesig große Bezirke geben werde. Dem Angeklagten werden statt der bisherigen zwei Wochen vier Wochen Berufungsfrist gegeben. Das dürfte keinem Widerspruch begegnen. Die Wiederaufnahme soll wie bisher nur durch den Parteivorstand erfolgen. Die reine Wiederaufnahme durch die Orts-Organisation würde Streitigkeiten Tor und Tür öffnen. Doch sei ein Vorverfahren innerhalb der Organisation zu erwägen. Wenn schließlich gefordert werde, die Ausschluß-Bestimmungen an den Schluß zu stellen, so sei ein Abbrechen der Bestimmungen über die Parteizugehörigkeit nicht wünschenswert; doch werde sich vielleicht, wenn es allgemeiner Wunsch sei, eine Form dafür finden lassen.

Grundlegend sei § 7, mit dem die bisherige lose Organisation verlassen und der Wahlverein zur Grundlage der Organisation gemacht werde. Widerspruch dagegen habe nur Schaumburg-Lippe erhoben, dingegen fänden viele Stimmen die Vorschriften noch nicht zwingend genug. Von diesen Wahlvereinen sollen die Ortsvereine nur Sektionen sein, nicht sie das Primäre, und der Wahlverein nur ihr Zusammenschluß.

Die §§ 10—13 enthalten die wichtigsten Neuerungen in der Organisation. Die Gegensätze in der Kommission zeigten sich erfreulicherweise viel weniger groß als sonst in früheren Parteitagsdebatten, es machte sich allgemein ein Entgegenkommen und Streben nach Verständigung geltend. Wohl machte sich theoretisch in der Kommission die Ansicht geltend, am besten sei ein einheitlicher Verein über ganz Deutschland. Aber praktisch konnten wir nicht die ganze Parteiorganisation in das Belieben jedes preußischen Polizeiministers stellen, der sie dann mit einem Federstrich hätte beseitigen können. Zu dem mußten wir an das historisch gewordene anknüpfen. Auf der anderen Seite hat die Gegenpartei ohne weiteres zugegeben, daß die Entwicklung der Partei einen engeren Zusammenschluß der Parteikräfte notwendig mache. Nur meinten sie, zeigten die einzelnen Teile Deutschlands so erhebliche Verschiedenheiten, daß die Partei auch den einzelnen Ländern Gelegenheit geben müsse, ihre besonderen Aufgaben zu erfüllen. So nahm man wohl einstimmig die Landes- und Bezirksorganisation an, wobei jedoch zu bemerken ist, daß die Bezirke nichts festes, nichts formales sein sollen, ja, wo dies empfehlenswert erscheint, selbst mit den Landesverbänden zusammenfallen können. Natürlich ist all das nur möglich, wo die gesetzlichen Voraussetzungen bestehen, aber dort sanktioniert das neue Statut meist auch nur, was tatsächlich schon geworden ist. Deshalb gehen die Anträge auf Streichung der Landesorganisation von irrigen Voraussetzungen aus; die Bezirks- und Landesverbände sollen durchaus in der Lage sein, selbständige lokale und territorialen politische Arbeit zu leisten. Einen wöchentlichen Beitrag für ganz Deutschland für Stadt und Land festzusetzen, war nicht möglich. Ueberraschen ist der Antrag, daß alles Geld von den Lokalorganisationen an die Zentrale nach Berlin geschickt werden soll. Da würde wohl auch nicht viel hinkommen. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Ob wir nun aber 10 oder 25 Prozent als abzuführende Summe festsetzen; jedenfalls müssen wir die Parteifinanzen auf eine andere Grundlage stellen und das neue Prinzip feststellen. (Zustimmung.) Ob die Verfügung der Gelder ebenso wie die Berichterstattung direkt von den Wahlvereinen oder durch die Bezirks- und Landesorganisationen erfolgen soll, kann zweifelhaft sein. Die Kommission hat sich für das erste entschieden, doch sehen wir in Bayern die Uebergehung der Gaue als eine fehlerhafte Ausschaltung der Zwischenorganisation und einen Akt ungerechten Mißtrauens gegen sie an.

Nach § 11 sollen die Vertrauenspersonen erhalten bleiben. Das hat sehr lebhaften Widerspruch gefunden. Wir haben aber Rücksicht auf die zurückgebliebenen Landesteile genommen. Indessen gebe ich zu, daß die Fassung aus übergroßer Vorsicht etwas unklar geworden ist, vielleicht ist es klarer, wenn ausgesprochen wird, daß in der Regel die Vorstandsmitglieder des Wahlvereins Vertrauensmänner sein sollen. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, daß die Vertrauensmänner „Prokuratoren des Vorstandes" gegen Bezirks- und Landesorganisation sein sollen. Das neue Institut der weiblichen Vertrauenspersonen ist auch da den Frauen gegeben worden, wo die Frauen vereinsrechtlich gleichberechtigt sind. Die Wahl dieser weiblichen Vertrauenspersonen ist nicht fakultativ gelassen, sondern strikt vorgeschrieben worden.

Damit komme ich zu den Bestimmungen der Parteitage. Als wir im Jahre 1890 das Delegationsrecht zum Parteitag überhaupt eingeschränkt hatten, haben wir uns angesichts der überwiegenden Bedeutung der Wahlorganisation der umsinnigen und ungerechten Wahlkreiseinteilung gefügt. Daher das Streben nach einer proportionalen Vertretung gemäß der Zahl der Organisierten oder der abgegebenen Stimmen. Doch stellen sich all den gemachten Vorschlägen hierfür große Hindernisse entgegen. — Der Referent erläutert diese eingehend bei allen gemachten Vorschlägen. — Die Uebernahme der Kosten für die Parteitagsdelegation hat die Kommission abgelehnt.

Viele Erörterungen hat das Vertretungsrecht der Reichstagsabgeordneten hervorgerufen. Man hat diese Fragen benutzt, um Stimmung gegen die parlamentarische Vertretung überhaupt zu machen, sie als „formlose Masse", „buntscheckige Gesellschaft" hinzustellen, die ihren „illegitimen Einfluß" auf „partei-schädliche" Weise geltend zu machen drohe. Glauben Sie nicht, daß ich solcher Schreiberei Bedeutung beilege, noch viel weniger, daß ich mich darüber aufrege oder entrüste. Aber es zeigt doch, wie die Urheber solcher Anwürfe mit den offenbarsten, greifbarsten Tatsachen umspringen. Jeder weiß doch genau, daß die Kandidaten für das höchste Vertrauensamt von den zuständigen Organisationen aufgestellt werden, mindestens unter denselben Kautelen wie bei der Wahl der Delegierten. (Sehr wahr!) Aber gewisse Kreise scheinen die Zurückdrängung der parlamentarischen Vertretung auf dem Parteitage als Machtmittel gegen Elemente anzusehen, die man, wenn man es in der Fraktion nicht kann, wenigstens auf dem Parteitage los sein möchte. Jedenfalls hat die Kommission sich fast einstimmig für die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes entschieden. Sie sieht es mehr als eine Pflicht, denn als ein Recht der Abgeordneten an, auf dem Parteitag zu erscheinen, will der Fraktion die gehässige Aufgabe, ein Viertel ihrer Mitglieder zu ihrer Vertretung auszuwählen, ersparen, und würde lieber, als diesen Zwiespalt in der Fraktion zu wagen, die Vertretung der Reichstagsfraktion gänzlich gestrichen sehen. (Sehr gut!)

Lebhafte Diskussion hat dann noch die Bestimmung hervorgerufen, daß der Vorstand bei der Aufstellung der Reichstagskandidaten in Streitfällen entscheiden soll. Doch soll von dieser Bestimmung möglichst wenig Gebrauch gemacht werden. Sie ist nur getroffen für Fälle, in denen die Beteiligten gar keinen Rat und Ausweg mehr finden können. Die Kommission hat diese Bestimmung ohne jede Beführchtung debattelos angenommen.

Nun liegt von den Berlinern noch der Antrag vor, den Vorwärts zum reinen Lokalorgan zu machen. In der Kommission, in der doch Berlin auch vertreten war, hat man davon nichts gehört. (Sehr wahr!) Wenn aber in einer Bremer Versammlung jüngst geglaubt wurde, dadurch würden die Reibungsflächen beseitigt werden und unleidliche Zeitungspolemiken aufhören, so bewundere ich den Fonds von Vertrauensseligkeit in Bremen, kann sie aber in keiner Weise teilen.

Im ganzen, glaube ich, hat die Kommission das Richtige getroffen und eine gute Grundlage für ihre Beratungen getroffen. Unebenheiten wird die Beratung und später die Praxis zu glätten verstehen. Mit Auer, der 1900 in Mainz Referent über die letzte Aenderung der Organisation war, kann ich schließen: „Ueberreichen Sie den Wert der geschriebenen Formeln nicht. Nicht auf die Buchstaben der einzelnen Paragraphen kommt es an, sondern auf den Geist, der die Gesamtheit durchweht und die Bewegung durchflutet."

Auch ich hoffe, daß unser Streben, den Gegnern geschlossener entgegenzutreten, zu Beschlüssen führen wird, die der großen Masse der Parteigenossen zu nützen geeignet sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Obwohl es noch nicht ganz 1 Uhr ist, wird auf Antrag Singer die Debatte auf den Nachmittag verschoben.

* * *

Nachmittags-Sitzung.

Kurz nach 3 Uhr eröffnet Vorsitzender Singer die Verhandlungen mit der Mitteilung von Begrüßungs-Telegrammen von den Sozialdemokraten Armeniens, Budapests, Koburgs, Hamburgs und Rotyenburgs.

In der Diskussion über das Parteistatut erhält zunächst das Wort

Adler-Kiel: Wir in Schleswig-Holstein billigen die Absicht, unsere Partei durch Zusammenschluß wehrfähiger zu machen, vollauf. Aber Einheitlichkeit schließt Gliederung nicht aus. Außer dem Kopf und den äußersten Gliedern braucht der Parteikörper auch Organe in der Mitte, selbst Fettdrüsen. (Heiterkeit.) Darum wünschen wir, daß die Bezirks-Organisationen als Bankiers der Parteileitung fungieren und als Mittler der Berichterstattung zwischen Kreis und Leitung. Wenn wir aber überall strafe Organisationen haben, sind die Vertrauensmänner in dem vorgeschlagenen Umfange überflüssig. Sie gehören dann nur dahin, wo die Vertrauenspersonen der Frauen stehen, als notwendige Hilfsmittel gegen eine rückständige Vereinsgesetzgebung oder eine schwache Organisation. Wir dürfen gegen die Feinde nicht ein wildes Häuflein, wenn auch mit bestem Willen, sein. Nein, wir brauchen eine Organisation wie unser Feind, der preußische Militarismus, wir brauchen Regimenter, Bataillone und Kompagnien, Gefechtseinheiten, wie wir sie eben zu schaffen im Begriff sind. (Bravo!)

Ulrich-Offenbach: Organisationen kann man nicht durch Paragraphen schaffen. Wir können nur den Stempel auf das Gewordene drücken. Je schwächer die Bewegung, desto stärker war stets der Drang nach Zentralisation. (Sehr richtig!) Aber heute ist die Zeit der straffen Zentralisation, die wir in den 60er und 70er Jahren noch hatten, endgültig vorbei. Auch Preußen hinkt jetzt den süd- und mittteldeutschen Staaten in der Schaffung von Landes-Organisationen nach. Uns hat eben die Beteiligung an den Landtags- und Gemeindewahlen schon früher dazu getrieben, als Schutzwehr gegen Stegmüllereien Landesorganisationen zu schaffen. Das sind jetzt lebensfähige Glieder, die auch im Statut zu ihrem Rechte kommen werden, wenn wir die Bestimmung über Abführung des Geldes und Berichterstattung an den Vorstand etwas anders fassen. — Ueber die Höhe des Beitrages will ich nicht viel sagen, aber das eine: Setzen Sie einen einheitlichen Minimalbeitrag fest, damit wir eine gefüllte Kriegskasse bekommen. (Beifall.)

Abg. Zubeil (Charlottenburg): Preußen hat organisatorisch seine Pflicht stets so gut getan wie Süddeutschland. Aber zum Organisationsstatut! Ohne viel Wert auf den Prozentsatz zu legen, begrüßen wir es mit Freuden, daß das Prinzip festgelegt worden ist, daß alle Wahlvereine einen bestimmten Teil ihrer Einnahme an die Zentralkasse abführen müssen. Ich stimme auch dem Gedanken einer Vertretung der Gesamtfraktion auf dem Parteitag zu. Zwingen Sie uns nicht, ein Viertel der Reichstagsabgeordneten auszulosen. (Heiterkeit.) Das Recht, Genossen auf Jahre hinaus zu ächten, ist jetzt erfreulicherweise den Wahlvereinen genommen und einem unparteiischen Schiedsgericht übertragen worden. Das Vertrauensmännersystem droht eine große Gefahr für die Einheitlichkeit der Organisation zu werden, wenn nicht ausdrücklich festgelegt wird, daß Vertrauensmänner die Vorsitzenden der Wahlvereine sein sollen. Vor allem bitte ich Sie — im Gegensatz zur Mehrheit meines Kreises — dem langgehegten Wunsche der Berliner Genossen nachzugeben, und den Vorwärts endlich in ein reines Lokalblatt umzuwandeln. Es ist unmöglich, den jetzigen Zustand bestehen zu lassen; bei der bisherigen Organisation kann der Vorwärts nicht in der wünschenswerten Weise ausgebaut werden. Berlin nimmt endlich das Recht in Anspruch, das alle anderen Orte seit 10 Jahren haben (Beifall.)

Schmidt-München: Wir haben das Organisationsstatut nur daraufhin geprüft, ob es geeignet ist, die Ideen der Partei in immer weitere Kreise zu tragen. Darum wünschen wir nicht, daß 25 Prozent an die Zentralkasse abgeführt werden müssen, weil das den Kreisen zu viel Kräfte entzieht. Hingegen scheinen uns, wenn es — nach Gerisch's Bremer Rede — mehr auf das Prinzip als auf die Höhe des Beitrages ankommt, die Verhältnisse die Festsetzung eines Einheitssatzes nicht unmöglich zu machen. Für die prozentuale Vertretung der Fraktion treten wir nur des Prinzipes wegen ein, nicht weil wir die Bedeutung unserer Vertretung im Reichstag verkennen. Aber die gleichen Gründe könnten uns auch zwingen, den Landtagsabgeordneten und Gemeindevertretern hier Sitz und Stimme zu geben.

Wels-Berlin empfiehlt den Antrag der Berliner Genossen, den Vorwärts des Charakters als Zentralorgan zu entkleiden. Vollmar hat sich darüber gewundert, daß dieser Gedanke nicht von dem Berliner Vertreter in der Kommission ausgesprochen worden sei. Das kommt daher, weil damals noch kein für ganz Berlin bindender Beschluß gefaßt war. Die Berliner sind stiefmütterlich behandelt worden. Ueberall sonst haben die lokalen Organisationen den größten Einfluß auf ihr Blatt, nur den Berlinern ist dieser weitgehende Einfluß genommen. Die Berliner Genossen tun loyal ihre Pflicht; der Gedanke, daß die Berliner Genossen die Ueberschüsse des Vorwärts den Zwecken der Gesamtpartei entziehen könnten, hatte vielleicht während der Zeit der Unabhängigen einige Berechtigung. Heute ist ein solcher Gedanke ganz unberechtigt. Die Berliner Genossen haben ja in letzter Zeit einen größeren Einfluß auf den Vorwärts, auf Anstellung der Redakteure usw. bekommen, er ist aber bei weitem nicht so groß, wie der anderer Lokalorganisationen. Als Zentralorgan hat der Vorwärts die Verpflichtung, das ganze Parteileben widerzuspiegeln, er kann in neu auftauchenden Parteifragen nicht aktuell sein. Er muß unparteiisch sein, aber wir Berliner haben unsere Meinung und wollen sie im Vorwärts vertreten sehen. Es ist ein un-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190509 20-19/fragment/page=0005

haltbarer Zustand, daß der Vorwärts z. B. für die Landtagswahlbeteiligung eintritt, während die Berliner Genossen dagegen sind. Das Zentralorgan ist nicht einmal immer der Meinung des Parteivorstandes gewesen. Der Vorstand hat öfters mehr Salz in der Scheidewiese des Vorwärts verlangt. Bebel hat in Dresden von der Notwendigkeit grundlegender Aenderungen in der Redaktion des Vorwärts gesprochen. Nach dem Parteitag ist dann alles beim alten geblieben. Weshalb nichts geschehen ist, weiß ich nicht; vielleicht liegt das an der allzu häufigen Abwesenheit der leitenden Personen im Vorstand. Bei unserem Antrag liegt uns jede Illoyalität gegen den Vorstand fern, er ist nur vom Gerechtigkeitsgefühl diktiert. Die Berliner wollen nicht minderes Recht haben, wie die übrigen Parteigenossen. Geistig ist übrigens das Zentralorgan nicht vom Parteivorstand befruchtet worden. (Heiterkeit.) Auch deshalb wollen wir mehr Einfluß auf den Vorwärts haben, um Angriffen auf ihn den Boden zu entziehen. Von der Wiedereinführung des Chefredakteurpostens, wie zu Liebknechts Zeiten, versprechen wir uns keine wesentliche Besserung. Für unseren Antrag können wir uns auf Auer berufen, der in Mainz erklärt hat, der Charakter des Zentralorgans könne nur so lange beibehalten werden, als die Berliner Genossen gewillt sind, dies Opfer zu bringen.

Schulz-Bremen: Vollmar meinte, heute müßte er so ausführlich reden, um die Mißverständnisse, die aufgetaucht seien, von vornherein zu beseitigen. Besser wäre es gewesen, die Kommission hätte schon früher einen Bericht über ihre Beratungen erscheinen lassen oder eine Begründung ihrer Abänderungsvorschläge veröffentlicht. Die Bremer und Erfurter Genossen legen großen Wert auf die konsequente Durchführung des Wahlvereinssystems. Nirgends fast, selbst in Mecklenburg nicht, stehen dem gesetzliche Hindernisse entgegen. Statt dem jetzigen Zufallssystem der Verteilung auf dem Parteitage schlagen wir ein jedenfalls gerechteres Proportionalwahlsystem vor, das nach der Zahl der organisierten Genossen für den Parteitag des nächsten Jahres zunächst der Parteivorstand ausarbeiten mag. (Heiterkeit.) Das Vorrecht der Fraktion wollen wir gänzlich aufheben. Gleich dem von ihm zitierten Artikel hat Vollmar heute Stimmung gemacht, nur in anderem Sinne. Schließlich entscheidet doch vielfach der Zufall, ob ein Kandidat — mit Hilfe der bürgerlichen Parteien vielleicht — gewählt wird. Für den Parteivorstand wünschen wir eine Erweiterung der Befugnisse. Darum wünschen wir, daß jeder einzelne Parteitag die Zahl der Vorstandsmitglieder je nach den gewachsenen Aufgaben festsetzt. Ueber den Vorwärts ist wegen seiner Zwitterstellung auf allen möglichen Parteitagen schon geklagt worden. Wenn der Vorwärts erst ein Organ der Berliner Genossen ist, werden in der Tat die Polemiken an Schärfe verlieren, denn dann brauchen sich die Angriffe nicht mehr gegen das Zentralorgan zu richten.

Löbe-Breslau: Das Organisationsstatut hat die Aufgabe, eine Kräftezersplitterung zu verhindern. Im Gegensatz zu Genossen Ulrich glaube ich, daß eine solche nur durch die Zentralisation vermieden wird. Die Zeit der Zentralisation, die meines Erachens noch lange nicht vorbei ist, ist in Deutschland durch die Gesetzgebung nur gewaltsam gehindert worden. Beseitigen wir jetzt das Vertrauensmännersystem allgemein im Statut bei, so machen wir gar keinen Fortschritt. Sehen Sie sich die Organisation des Volksvereins für das katholische Deutschland an. Der liefert seiner Presse Material, schult seine Redner, beseitigt die schwachen Organisationen. Ein großer Teil der Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaft rührt daher, daß die Partei organisatorisch zurückgeblieben ist. Für eine andere Vertretungsform auf dem Parteitag fehlen uns jetzt leider alle erforderlichen Grundlagen. Die jetzt angestrebte Verstärkung der Organisation wird sie uns liefern. In unserm Zeitalter der Konzentration und Zentralisation kommen man nur durch sie vorwärts.

Braun-Königsberg meint, die Süddeutschen wollten von der Straffheit des Organisationsentwurfs allerland abfeilschen. Aber gerade die Beitragspflicht und die Berichterstattungspflicht bilden die Grundlage der neuen Organisation. Das Prinzip der Beitragspflicht muß unbedingt aufrecht erhalten werden. Ueber die Höhe des Beitrags mag gestritten werden, zu niedrig dürfen die an die Zentralkasse abzuführenden Beiträge aber auch nicht sein. Die Vereinsform ist sogar schon auf dem Lande in Ostpreußen eingeführt. Wesentlich ist eine direkte Fühlung gerade der rückständigen Kreise mit dem Parteivorstand. Er wird dann leichter erkennen, wie nötig oft ein Griff in den Geldbeutel zugunsten dieser rückständigen Kreise ist. Im Interesse der rückständigen Kreise ist auch die Uebernahme der Delegationskosten auf die Parteikasse, denn sonst ist das Recht, den Parteitag zu beschicken, für diese Kreise nur ein papierenes Recht.

Frau Zietz-Hamburg: Ich möchte Sie bitten, den § 14 unter Ablehnung aller Abänderungsanträge anzunehmen. Das ist der Wunsch der Genossinnen Badens, Sachsens und Hamburgs, dem Sie um so eher nachkommen müssen, als dieser Paragraph nur bestehendes bestätigt. Schon der Gothaer Parteitag hat zur Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen aufgefordert. Alle unsere Erfolge sind darauf zurückzuführen. Wenn seit dem Bremer Parteitag im vorigen Jahre die Zahl der Abonnenten der Gleichheit von 10 000 auf 23 000 gestiegen ist, wenn wir im letzten Jahre in Hamburg, Mannheim, Dresden und Leipzig glänzende organisatorische Erfolge erzielt haben, so danken wir das vornehmlich der agitatorischen Tätigkeit der weiblichen Vertrauenspersonen. Auch wenn wir moderne Vereinsgesetze hätten, brauchten wir sie. Denn die schon überlasteten Wahlvereinsvorsitzenden können die infolge der Eigenart des weiblichen Charakters, infolge der Rückständigkeit weiter Kreise und der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Frau besonders schwierige Agitation unter den Frauen nicht auch noch betreiben. Sorgen Sie dafür, daß überall, wo sich eine geeignete Frau findet, eine weibliche Vertrauensperson gewählt und damit der § 14 in die Wirklichkeit umgesetzt wird. (Lebh. Bravo!)

Lippold-Eisenach: Das neue Organisationsstatut scheint mir durchweg das Richtige zu treffen. Das Proportionalwahlsystem würde die kleinen Kreise völlig rechtlos machen. Schaffen wir in diesem Jahre den Vorwärts als Zentralorgan ab, so haben wir nächstes Jahr wieder die Anträge auf Schaffung eines neuen Zentralorgans.

Jensch-Berlin IV begründet die von seinem Kreis gestellten Anträge. Zunächst beansprucht er für die den starken Kreisen benachbarten schwachen, daß Genossen aus den einen, sich in den anderen organisieren dürfen — Berlin I und III bezögen z. B. einen großen Teil ihrer tätigen Genossen aus Berlin IV und VI. Die gekauften „Gesellligkeitsmandate" müßten, um der Würde des Parteitages willen für alle Zeit beseitigt werden. Nach seiner Auffassung solle der Vorwärts Zentralorgan bleiben; doch sei auch die übrige Parteipresse die Bekanntmachungen des Vorstandes an hervorragender Stelle veröffentlichen. Die Zusammensetzung des Parteitages müsse demokratischer werden, mit Hilfe des Organisationsstatuts. Die Demokratie könne auch die Zulassung von 100 privilegierten, gleichsam lebenslänglichen Vertretern nicht billigen.

Dr. Michels-Marburg: Was bisher über die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag gesagt worden ist, scheint mir nicht geeignet, die Frage brauchbar zu lösen. Wir sollten die Reichstagsabgeordneten als solche überhaupt nicht zum Parteitag zulassen. Eisner irrte im jüngsten Streit mit Mehring und Kautsky, wenn er meinte, wir könnten keinen „Parlamentarismus" haben, weil wir kein „Parlament" hätten. Daß bei uns trotzdem ein Parlamentarismus herrscht, beweist z. B. die Antwort der Reichstagsfraktion auf den „Guten-Ton-Artikel" Mehrings. Durch das Verbot des Mitstimmens der Reichstagsabgeordneten in parlamentarischen Fragen wird der Parteitag nicht genügend geschützt. Denn wir sind eine parlamentarische Partei, und alle Fragen unserer Parteitage haben Bezug auf die Haltung der Fraktion. Nun sollen wir aber von den Parlamentariern besonders inspiriert werden können. Dann müßten doch in wirklich parlamentarischen Ländern die Abgeordneten noch einen viel besseren Ueberblick haben als bei uns. Aber da können wir von unseren Bruderparteien lernen. In Holland, Frankreich, Italien, Ländern mit Ministerverantwortlichkeit und schärferer parlamentarischer Kontrolle läßt man den Parlamentariern seinerlei Sitz und Stimme auf dem Parteitage, ja, man beschränkt die Zahl der zulässigen Parlamentarier auf 1 oder 2. Wenn in Frankreich jemand solche Vorrechte für die Parlamentarier beanspruchen wollte, wie hier, würde er einfach ausgelacht werden. Die Reichstagsabgeordneten sind ja in dieser Frage selbst geteilt, also sind wir in der Lage, sie lediglich prinzipiell zu entscheiden.

Silberschmidt-Berlin: Wir halten die Organisationsfrage nicht für eine Formfrage, wir glauben, es sind mit ihrer Lösung Klagen über die Parteientwicklung und der Geist in der Partei zu beseitigen. Die Verbindung des Vorstandes mit den einzelnen Wahlkreisen ist heute ungenügend und muß verbessert werden. Die direkte Geldabführung und die Berichterstatterpflicht sind geeignete Mittel hierzu. Die Landesorganisationen brauchen deswegen nicht unterdrückt zu werden. Im großen und ganzen kann der Statutenentwurf angenommen werden.

Bebel: Der Parteivorstand und die Kontrollkommission haben einstimmig den Beschluß gefaßt, Sie zu bitten, den Antrag der Berliner Genossen, dem Vorwärts den Charakter als Zentralorgan zu nehmen, abzulehnen. Von den 8 Berliner Kreisen haben Teltow-Beeskow und Berlin IV mit 31 000 gleich ein Drittel der Vorwärtsabonnenten gegen diesen Antrag gestimmt. Von den monatelangen Vorberatungen der Berliner Genossen hat der Vorstand nichts gehört (vielfaches Hört, hört!), so daß es ihm unmöglich war, seine Gegengründe zu entwickeln. Als im Frühjahr 1890 wir die Sicherheit vom Erlöschen des Sozialistengesetzes hatten und an die Schaffung eines neuen Zentralorgans gingen, konnten wir natürlich den Berliner Genossen ihr Blatt nicht wegnehmen, sondern mußten sie natürlich fragen. Damals haben sie mit der größten Bereitwilligkeit unseren Vorschlägen zugestimmt. (Zuruf von Wels-Berlin: Die Vertrauensmänner, aber nicht die Oeffentlichkeit!) Aber, lieber Genosse, das war ja damals nicht möglich, wir waren ja noch unter dem Sozialistengesetz. Auch die späteren Wünsche der Berliner Genossen sind seit dem Hamburger Parteitag von 1897, seit der Schaffung der Preßkommission, im vollsten Maße berücksichtigt worden. Die Berliner Genossen haben jetzt einen vollen Teil an der Zusammensetzung der Redaktion und der prinzipiellen Haltung ihres Blattes. Bei der geplanten Neuordnung beabsichtigen die Berliner Genossen natürlich keine andere Verwendung der Ueberschüsse, in dieser Richtung haben sie sich immer als tadellose Genossen gezeigt. (Bravo!) Aber wie ist es denn nun mit der prinzipiellen Haltung der Redaktion? Am 17. Juni d. Js. kritisierte in einer großen Versammlung der Berliner Parteifunktionäre ein Mitglied des Parteivorstandes ganz energisch und suchte polemisierend nachzuweisen, was notwendig für die redaktionelle Haltung des Blattes sei. Diese Ausführungen fanden so sehr den Beifall der gesamten Berliner Parteifunktionäre, daß sie der Redaktion als Programm empfohlen wurden. (Wels ruft: Aber es wurde nicht gehalten!) Ja, damals fiel die Bemerkung, in einem bürgerlichen Blatt sei dergleichen unmöglich. Da würde allerdings der Verleger den Teil der Redaktion mit abweichender Meinung hinauswerfen. Wie ist es denn in der Vorwärts-Redaktion so weit gekommen? Die Berliner Genossen haben in den letzten Jahren vier Redakteure aus ihrer Mitte von der sogenannten radikalen Richtung hineingewählt. Inzwischen sind aber zwei derselben nach rechts umgefallen, so daß die Mehrheit jetzt eine andere geworden ist, als sie sonst wohl sein würde. Aber jedenfalls ist es gerade im gegenwärtigen Augenblick unmöglich, in Berlin, wo der Parteivorstand sitzt, ihn gegenüber unserem Hauptblatte in eine subalterne Stellung zu drängen, ihn zu zwingen, sich gegebenenfalls bittend an die Redaktion oder die Berliner Parteigenossen zu wenden. Auch wir sind ja entschlossen, alles aufzubieten, um den vollberechtigten Klagen der Berliner, die die unseren sind, abzuhelfen. Auch wir sinnen auf Mittel und Wege, auf denen den gegenwärtigen, unhaltbaren Zuständen abgeholfen werden kann. Die Dinge müssen eben allemal einen Höhepunkt erreichen, ehe man zu einschneidenden Maßregeln greifen kann. Die Berliner haben ja auch das Privilegium, daß aus ihrer Mitte die beiden Besitzer des Parteivorstandes genommen werden. — Ich bitte Sie, auch die Anträge abzulehnen, daß Vorstand und Kontrollkommission drei Wochen vor dem Parteitag die provisorische Tagesordnung festsetzen sollen. Wir müssen die Referenten schon ein Vierteljahr vorher gewinnen. (Bravo!)

Bring-Offenbach verlangt, daß der Ausschluß aus der Partei nur auf Grund eines Organisationsbeschlusses erfolgen darf. Bei der Beitragsleistung muß den armen Kreisen Rechnung getragen werden. Redner wendet sich gegen die Anträge auf Beschneidung der Rechte der Fraktionsmitglieder. Durch die Wahl in den Reichstag wird doch ein Genosse nicht schlechter. Die Reichstagsfraktion muß hier Rechenschaft ablegen. Wir müssen wegen solcher Schwächen, wie sie bei den Hererokrediten sich gezeigt haben, die Mitglieder der Fraktion beim Schopfe nehmen können. (Heiterkeit.)

Zorn-Fürth wünscht, daß den ländlichen Verhältnissen bei der Organisation mehr Rechnung getragen wird. Die Beitragshöhe müsse von dem gleichen Gesichtspunkt aus festgelegt werden, die direkte Geldabführung sei aber gut zu begründen. Schließlich beantragt er, daß Vereinsmitglieder, die ihr Domizil wechseln, nicht einer neuen Eintrittsgebühr unterworfen werden sollen.

Hüttmann-Frankfurt a. M.: Die straffe Zentralisation ist das einzig Richtige. Im Jahre 1905 brauchen wir nicht mehr solche Angst vor der Polizei zu haben. Selbst in Mecklenburg gibt es sozialdemokratische Vereine. Eine zu straffe Organisation kann nicht schädlich sein, dagegen könnten die Landesorganisationen ruhig ausgeschaltet werden. (Chorrufe bei den Hessen.)

Wagner-Stuttgart: Wenn auch aus Süddeutschland viel Abänderungsvorträge vorliegen, so sind wir doch nicht gegen Zentralisation. Der Entwurf beschränkt aber die selbständige Organisationsform der Süddeutschen in manchen Punkten, und diese sollten abgeändert werden. Wir sind gegen die direkte Geldabführung und gegen die direkte Berichterstattung an die Zentralstelle. Die Wahlkreise müssen selbständig sein. Die Tätigkeit in den einzelnen Kreisen ist durch Landtagswahlen und kommunale Tätigkeit eine so vielgestaltige und erfordert so große Mittel, daß die Opferwilligkeit nicht erlahmen darf. Ein solches Erlahmen aber befürchten wir von einer direkten Beitragspflicht an die Zentralstelle. Selbstverständlich sind auch wir nicht prinzipiell gegen Abführung von Geldern an die Zentralparteikasse.

Abg. Pfannkuch: Nach der bisherigen Debatte sind wir uns einig in dem Streben, eine straffere Organisation zu schaffen. All die Bedenken aus engem Gesichtskreis heraus, die hier vorgebracht worden sind, hat die Kommission schon ausgeschieden, weil sie das ganze Reich im Auge behalten mußten. Gern wollte die Kommission den Zusammenhang festigen, aber wir mußten doch der Freiheit der Genossen Spielraum lassen. Ich bin — Bebel sagt spottend, noch vom Lassalleschen Arbeiterverein her — mit meinem Herzen in der Partei wie in der Gewerkschaft Zentralist. Aber wir mußten doch den Wahlvereinen freistellen, ob sie sich zu Bezirks-, zu Landes-, oder zu Bezirks- und Landesverbänden zusammenschließen wollen. Für die Berichterstattung haben wir bequeme Formulare vorgedruckt, deren Bearbeitung auch nicht übermäßige Mühe machen wird. Die Resultate unserer bisherigen Bearbeitung der Berichte haben wir nur nicht veröffentlicht, um nicht den miserablen Zustand der bisherigen Berichterstattung zu verraten. Im ganzen werden wir wohl kaum mehr als redaktionelle Aenderungen am vorgelegten Statut treffen.

Friedrichs-Darmstadt: Hätte Vollmars Begründung früher vorgelegen, so wäre der Entwurf nicht so vielen Gegenvorschlägen begegnet. Mit der Zentralisierung brauchen wir wohl nicht zu warten bis auch in Mecklenburg das letzte Hindernis gefallen ist. Die Entwicklung ist ganz konsequent von nur lokaler zur Kreis- und Landesorganisation fortgegangen. Um den Organisationen aber die finanzielle Grundlage zu geben, muß für ganz Deutschland ein einheitliches Markensystem eingeführt werden, das ein Beitragsminimum für ganz Deutschland festsetzt.

Ein Schlußantrag, von Meist-Köln begründet, von Ehrhardt-Ludwigshafen bekämpft, wird angenommen.

Persönlich bestreitet Wels-Berlin V., daß der Parteivorstand nicht rechtzeitig von dem Plane der Berliner benachrichtigt worden sei.

Bebel entgegnet, daß der Vorstand erst unterrichtet worden sei, nachdem sich die Vertrauensleute schon einig geworden waren.

Molkenbuhr bestätigt diese Darstellung.

Der Berichterstatter Vollmar verzichtet vorläufig auf das Schlußwort.

Der Statutenentwurf wird zur erneuten Beratung an die ursprüngliche Vorberatungskommission zurückverwiesen, ebenso die sehr zahlreichen zum Entwurf gestellten Abänderungs-Anträge.

* * *

Eingegangen sind folgende Resolutionen:

Resolution die Friedens- und Freundschaftserklärung der englischen Parteigenossen und Gewerkschaften betreffend:

Die auf dem Parteitag in Jena versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie begrüßen mit aufrichtiger Genugtuung die Friedens- und Freundschaftserklärungen, die letzthin die Vertreter der englischen Sozialisten und Gewerkschaften abgegeben haben, veranlaßt durch die chauvinistischen Hetzereien eines Teils der herrschenden Klassen diesseits und jenseits der Nordsee.

Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie erklären, daß sie die Versuche, zwischen dem englischen und dem deutschen Volke Unfrieden zu stiften und die beiden Völker, die mit in der vordersten Reihe der Kulturnationen stehen, zu einem Kriege zu hetzen, auf das entschiedenste als gewissenlos und verbrecherisch verurteilen; sie erklären weiter, daß die deutsche Sozialdemokratie entschlossen ist, vorkommendenfalls mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften den Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Völkern zu verhindern.

Schließlich sprechen die versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie die Hoffnung aus, daß es endlich der englischen Arbeiterklasse gelingen möge, bei den nächsten Parlamentswahlen durch eine ihrer sozialen Bedeutung entsprechende Vertretung im Parlament ihren auf den Weltfrieden und die Völkerversöhnung gerichteten Bestrebungen Einfluß zu verschaffen.

Der Parteivorstand.

Resolution die Redeverbote gegen die Parteigenossen Adler-Wien, Greulich-Zürich, Jaurès-Paris und Todeschini-Rom in Deutschland betreffend:

Der Parteitag erklärt:

Das Redeverbot, das durch den Brief des deutschen Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris, dem Parteigenossen Jaurès in Aussicht gestellt wurde, falls er am 9. Juli d. J. in einer von den Berliner Parteigenossen einberufenen Versammlung zugunsten des Friedens und der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland sprechen würde,

sowie das Redeverbot, das die badische Regierung für den gleichen Tag gegen die Parteigenossen Dr. Adler-Wien, Greulich aus Zürich und Todeschini aus Rom für die internationale Arbeiterzusammenkunft in Konstanz aussprach,

sind als Zeichen der politischen Rückständigkeit Deutschlands zu einer Bloßstellung schlimmster Art für die betreffenden Regierungsorgane geworden.

Dieses Vorgehen hat das Ansehen Deutschlands in der ganzen Kulturwelt auf das tiefste herabgedrückt und Deutschland in den Augen der Welt der Lächerlichkeit preisgegeben.

Der Parteitag verurteilt dieses Vorgehen deshalb besonders scharf, weil die beiden Versammlungen dazu bestimmt waren, das Mißtrauen der Völker und speziell des französischen Volkes in die Friedensliebe des deutschen Volkes nach Möglichkeit zu beseitigen und die Versicherung abzugeben, daß es die deutsche Arbeiterklasse und ganz besonders die deutsche Sozialdemokratie alle Zeit mit als ihre vornehmste Aufgabe ansieht, den Krieg, gegen welches Volk er immer provoziert werden sollte, den Krieg zu erklären und der Verständigung und Versöhnung der Völker, namentlich des deutschen und des französischen Volkes, und der Schlichtung ihrer Streitigkeiten auf dem Wege internationaler Vereinbarungen die Wege zu ebnen.

Der Parteivorstand.

Resolution die Verteuerung der Fleischnahrung betreffend:

Die Tatsache, daß große Schichten der Bevölkerung Deutschlands, mehr als jemals zuvor, unter einer furchtbaren Verteuerung der Fleischnahrung zu leiden haben, wodurch die betreffenden Schichten auf das schwerste bedrückt und zu einer chronischen Unterernährung verurteilt werden, welche die verhängnisvollsten Folgen für die körperliche und geistige Entwicklung und für das Gemeinwohl zeitigt, ist die Wirkung einer agrarischen Raubpolitik, die seit Jahren die herrschenden Klassen und, von diesen gedrängt, in deren Interesse die Regierungen allen Mahnungen und Warnungen zum Trotz betreiben.

Der Parteitag spricht über diese Elend und Verderben bringende Politik seine Empörung aus; er verlangt, daß sofort sämtliche Grenzen unter loyaler Anwendung sanitärer Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung von Tierseuchen der Einfuhr von Vieh geöffnet und das durch das Fleischbeschaugesetz erfolgte absolute Verbot der Einfuhr von ausländischem Fleisch, Zungen, Würsten, Corned-beef 2c., sowie die Zölle auf Futtermittel aufgehoben werden.

Der Parteitag betrachtet speziell die erwähnten Verbote, die unter der Vorgabe eingeführt wurden, daß die betreffenden Nahrungsmittel gesundheitsschädlich seien, eine Behauptung, die niemals durch Tatsachen ausreichend bewiesen werden konnte und durch den ungehinderten und massenhaften Genuß dieser Nahrungsmittel von der Bevölkerung der Nachbarstaaten Deutschlands Lügen gestraft wird, als ganz besonders gehässig und verhängnisvoll und nur der agrarischen Beutegier zu Liebe erlassen.

Daß ferner Minister im größten Staate Deutschlands, in Preußen, die Forderungen zum Erlaß von Maßregeln zur Verbilligung der Fleischnahrung mit einer an Frivolität grenzenden Leichtherzigkeit zu beantworten für gut fanden, hat in besonderem Maße den tiefsten Unwillen der weitesten Kreise der Bevölkerung erregt und wieder einmal den Charakter der preußischen Regierung als Regierung eines Klassenstaats aufs eklatanteste bestätigt.

Der Parteitag richtet an die Parteigenossen die Aufforderung, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sofort in eine Agitation für den Erlaß von Maßregeln, wie sie vorstehende Resolution enthält, einzutreten.

Der Parteivorstand.

Eingegangen ist folgender Antrag (Nr. 143):

In Rücksicht auf die Mißhelligkeiten zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung, die nicht notwendig aus der unumgänglichen Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung folgen und sich zum Nachteil beider proletarischer Agitationen steigend bemerkbar machen, beschließt der Parteitag:

es ist in erster Linie eine organisatorische und organische Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung anzustreben, in zweiter Linie und sofort bis zur Erzielung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050920-19/fragment/page=0006

jener organisatorischen Verbindung ein Organ zu dem Zweck zu schaffen, oder ein bestehendes Parteiorgan mit der besonderen Aufgabe zu betrauen, eine dauernde Fühlung und in allen Fragen gemeinschaftlichen Interesses eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung und eine gemeinschaftliche Aktion beider herbeizuführen.

Dr. K. Liebknecht. Rieger-Spandau.
Staab-Potsdam.

Es ist als Antrag 144 folgende Resolution zu: parlamentarische Tätigkeit, Punkt 4 der Tagesordnung, eingegangen:

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die nichtachtende Behandlung des deutschen Reichstags durch die Reichsregierung, wie sie sich in neuerer Zeit immer deutlicher zeigt und insbesondere bei Fragen der auswärtigen Politik, wie der Marokko-Handel und die Stellungnahme zum russisch-japanischen Konflikt, jetzt wieder mit all ihren Schäden und Gefahren zutage getreten ist. Der Parteitag verurteilt diese nichtachtende Behandlung der gewählten Vertreter des Deutschen Reiches auf das schärfste, indem er zugleich betont, daß sie nur die naturgemäße Folge der schwächlichen Haltung fast aller nichtsozialistischen Parteien im Reichstage ist, die damit die Hauptverantwortung für die Rückkehr zum persönlichen Regiment im Deutschen Reiche tragen.

Ed. Bernstein und 22 Genossen.

* * *

Mit der Verlesung einiger eingegangenen Begrüßungs-Telegramme schließt der Vorsitzende Singer die Versammlung um 7 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle, 19. September.

Aus dem Stadtverordneten-Kollegium.

Die gestrige öffentliche Sitzung, der nur sieben Punkte zur Beratung vorlagen, hatte einen verhältnismäßig kurzen Verlauf. Große Debatten gab es nicht und die Beratungsgegenstände boten auch keinen Anlaß dazu. Die Genossen Emmer und Osterburg beschwerten sich mit Recht über die Benachteiligung des Vororts Giebichenstein bezüglich der Pflasterungen. Der Magistrat nimmt ja immer, dies behauptet er allerdings, die Interessen der Giebichensteiner Bürger wahr, und er hat ja dies besonders auch bezüglich der Stadtverordnetenwahlen bewiesen, indem er bei dem Bezirksausschuß das „Recht" für die Bewohner der Vororte erwirkte, nachdem diese vorläufig ihre Stadtverordneten „für sich" wählen können. Die Arbeiter verstehen diese Gemeinwohlpolitik schon. Ein hübsches Beispiel für unseren so viel gepriesenen Bureaukratismus lieferte die Mitteilung, daß nun auch unser Genosse Koch mit seiner Klage gegen die Giltigkeit der vorigen Stadtverordnetenwahlen vom Bezirksausschuß abgewiesen worden ist. Lang, lang ist's her; denn wir stehen bereits jetzt wieder vor den Neuwahlen. Es ist nicht unmöglich, daß einmal Wahlen für ungiltig oder giltig erklärt werden, nachdem das Stadtparlament wieder neu besetzt ist.

In der geschlossenen Sitzung wurde die Anstellung des Kanzlisten Klopfer gutgeheißen und einer technischen Lehrerin a. D. zu ihrer 480 M. betragenden Pension eine dauernde Unterstützung von jährlich 60 M. bewilligt. In einer weiteren Sache, Erwerb eines Grundstückes betreffend, wurde Geheimhaltung beschlossen. Als Kursusum sei noch erwähnt, daß zur selben Zeit, wo die Geheimhaltung beschlossen wurde, ein auf der Tribüne zurückgebliebener Zuschauer andächtig zuhörte, so daß es erst einer energischen Aufforderung bedurfte, um den Mann zum Fortgehen zu bewegen.

Polizei-Oberinspektor Weydemann und der Art. 31 der deutschen Reichs-Verfassung.

Als im Dezember vor. Js. der Reichstag vertagt war, wurde dem Genossen Thiele als verantwortlichen Redakteur des Volksblattes eine Ladung für den 5. Januar vor die Strafkammer zugestellt. Im Vertrauen darauf, daß ihm der Artikel 31 der Reichs-Verfassung absolute Unverfolgbarkeit gewährleiste, beachtete Thiele die Ladung nicht. Er wurde deshalb zwangsweise vorgeführt und wegen Beleidigung des Polizei-Oberinspektors Weydemann zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Es handelte sich um einen Artikel mit der Ueberschrift „Das verbotene Morgenständchen". Genosse Thiele hatte gegen das Urteil Revision eingelegt und bezeichnete in der gestrigen Verhandlung vor dem Reichsgerichte seine Vorführung als im Widerspruche mit dem Artikel 31 stehend; eine Anberaumung des Termines während der Vertagung des Reichstages sei unzulässig gewesen. — Der Reichsanwalt beantragte die Verwerfung der Revision, da das Landgericht auf dem Boden der Rechtsprechung des Reichsgerichts stehe. Ob auch eine zwangsweise Vorführung unzulässig sei, müsse allerdings jetzt erst entschieden werden. In der Literatur habe nur Sonntag sich in dem Sinne ausgesprochen, daß sie nicht unzulässig sei. Bei Einführung der Verfassung habe zwar unsere jetzige Strafgesetzgebung noch nicht bestanden, aber der Unterschied zwischen Verhaftung und Vorführung sei in dem früheren Prozeßrechte schon bekannt gewesen. — Das Reichsgericht kam deshalb noch nicht zu einer Entscheidung, sondern vertagte sie auf den 28. September.

Aus der besten aller Welten.

In lakonischer Kürze meldet der Polizeibericht: Ein angeblicher 41 Jahre alter Buchhalter meldete sich bei der Polizei und gab an, eine große Schaufensterscheibe zertrümmert zu haben in der Hoffnung, eine längere Gefängnisstrafe deswegen zu erhalten. Er sei seit Januar 1904 außer Stellung und in solche Not geraten, daß er eine geregelte Lebensweise im Gefängnis den Drangsalen in der Freiheit vorziehe. Weil die Schaufensterscheibe tatsächlich eingeworfen ist, wurde der Mann verhaftet; ob er unverschuldet in die Notlage geraten ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Das ist das Ideal eines Rechtsstaates, welcher seinen Gliedern eine gesicherte Lebensweise nur im Kerker garantiert. Wer diesen Staat umformen will, begeht nach bürgerlicher Rechtsauffassung ein Verbrechen und ist ein Umstürzler.

Die Sterblichkeits-Verhältnisse in Halle und den Großstädten.

In der Woche vom 27. August bis 2. September sind nach den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben angemeldet: in Aachen 31,2, Altona 19,3, Barmen 16,1, Berlin 19,6, Braunschweig 21,1, Bremen 20, Breslau 28,2, Charlottenburg 14,4, Chemnitz 26,8, Danzig 28,4, Dortmund 19,4, Dresden 21,4, Düsseldorf 21,8, Elberfeld 15,6, Essen 18, Frankfurt a. M. 15,1, Halle 23, Hamburg 19,4, Hannover 17, Karlsruhe 16,1, Kassel 15,5, Kiel 19,2, Köln 24,5, Königsberg 28,3, Krefeld 13,8, Leipzig 20,9, Magdeburg 18,7, München 19,1, Nürnberg 24,3, Posen 33,7, Schöneberg 13,2, Stettin 25,9, Straßburg 19,4, Stuttgart 15,6, London 17,2, Paris 16,7, Wien 19,1. — Man sieht also, daß in Halle die Sterblichkeitsziffer eine erschreckend hohe ist. Die Ziffer ist kein Zufall, sondern kehrt in ihrer relativen Höhe stets wieder.

Die neugegründete Freidenker-Vereinigung

hält morgen, Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Weißen Roß eine Mitglieder-Versammlung ab mit einem Vortrage über Zweck und Ziele der Vereinigung und wie wird agitiert. Zahlreiche Parteigenossen haben sich dieser Vereinigung schon angeschlossen und im Interesse der Sache ist es notwendig, daß namentlich auch Frauen die Versammlung besuchen.

Eine Selbstmordstatistik

wird auf Grund amtlichen Materials in der letzten Nummer der Deutsch. Medig. Wochenschr. veröffentlicht; es handelt sich dabei um die Selbstmorde in Preußen aus dem Jahre 1903. Nicht weniger als 7470 Personen, und zwar 5878 Männer und 1592 Frauen, endeten in jenem Jahre ihr Leben durch Selbstmord. Auf 100 000 Lebende berechnet, schwankt in den Jahren von 1899 bis 1903 die Zahl der jährlichen Selbstmordfälle zwischen 19 und 21. In betreff des Alters hat sich ergeben, daß im allgemeinen eine Zunahme der Selbsttötung mit fortschreitendem Alter stattfindet. Es starben von 100 000 Personen durch Selbstmord im Alter von 10 bis 15 Jahren 1,8, im Alter von 15 bis 20 Jahren schon 15,4, und diese Zahl nimmt in den folgenden Lebens-Abschnitten ständig zu. Zwischen 70 und 80 Jahren beträgt sie 60,6 und über 80 Jahre sogar 72,2. Die Zahl der männlichen Personen, die ihrem Leben freiwillig ein Ziel setzten, war etwa viermal so groß als die der weiblichen. In jedem Jahre kommt eine Anzahl von Selbsttötungen vor, für die eine bestimmte Ursache nicht zu erkennen ist; im Jahre 1903 waren es deren 1697, das sind 22,7 v. H. Im übrigen hat sich feststellen lassen, daß die meisten Selbstmorde bei vollendeter Geistesstörung begangen werden; im Jahre 1903 nahmen sich 2164 Geisteskranke das Leben. Es folgen körperliche Leiden mit 863, Kummer mit 774, Laster 531, Reue, Scham und Gewissensbisse mit 527, Lebensüberdruß im allgemeinen mit 443, Leidenschaften mit 212, Aerger und Streit mit 155 und Trauer mit 45. Seit dem Jahre 1899 zeigen die Vergleichszahlen der einzelnen Jahre in bezug auf die Beweggründe, die zum Selbstmord führten, nur geringe Schwankungen, während die Gesamtziffer als solche stetig gewachsen ist. —

Dürfen Beisitzer von Gewerbegerichten den Parteien Rat erteilen?

Das Landgericht Kiel hat am 3. Februar den Schriftsetzer Eduard Weber von der Anklage des Vergehens aus § 21, 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1890 freigesprochen. Er hatte entgegen einer Verordnung des Oberpräsidenten sich öffentlich zur Auskunftserteilung in Gewerbestreitsachen bereit erklärt, um eine gerichtliche Entscheidung darüber herbeizuführen, ob das Verlangen des Oberpräsidenten gerechtfertigt ist. Die Revision des Staatsanwalts gegen das freisprechende Urteil wurde gestern vom Reichsgericht verworfen. Es ist nicht unzulässig, wenn ein Gewerbegerichts-Beisitzer Rat erteilt, ebensowenig wie es unzulässig ist, daß ein Schöffe als Rechtsanwalt Rat erteilt oder ein Reichsanwalt einen guten Freund vor Gericht verteidigt.

Bürgerliches und sozialistisches Zeitungswesen.

Vor einiger Zeit brachte die konservative, gut christliche Zeitschrift Der Türmer eine bemerkenswerte Aeußerung über die sozialdemokratische und die bürgerliche Presse, die wir hier wiedergeben dürfen als Zeugnis, wie der von kapitalistischen Einflüssen nicht verwirrte unparteiische Beobachter unsrer Preßzustände denkt. Der Türmer geht davon aus, daß die große Mehrzahl der bürgerlichen Zeitungen außerordentlich viel Raum habe für politische Kannegießereien aus Fürsten-Begegnungen, aber die wichtigsten Erscheinungen oft gänzlich verschweige. Warum? Raum-Mangel ist es nicht. Vielmehr — sagt die Zeitschrift:

Besagter Stoff ist nämlich — unbequem, höchst unbequem, gräßlich unbequem! Er behandelt Mißstände in der Gesellschaft, der Rechtsprechung, der Armee, der Beamtenschaft, kurz, gerade in den Kreisen, in denen das hochpatriotische, loyale und unentwegt gesinnungstüchtige Blatt gelesen wird, und denen wohl auch der — Herr Verleger angehört. Manchmal mag es dem armen Preßmenschen, der schließlich auch ein Herz im Leibe hat und des „Zornes der freien Rede" noch nicht ganz verlustig gegangen ist, — manchmal mag es dem armen Teufel wohl in den Fingern jucken, eine solche keyerische Mitteilung seinen Lesern vorzusetzen und das nötige Salz hinzuzutun. Aber der Gedanke an den Kündigungs-Paragraphen läßt solche aufrührerische Wallungen gegen die Autorität der „gottgewollten" Staatsordnung, die geheiligte Majestät des zahlungsfähigen Publikums und des nicht minder zahlungsfähigen „Inserenten" im Keime ersticken.

Aus diesen und ähnlichen Gründen, die ich hier nur flüchtig andeuten konnte, hat sich ein geradezu verhängnisvolles Uebel entwickelt. Es ist dahin gekommen, daß man der sozialdemokratischen Presse freiwillig ein Monopol auf die Aufdeckung und Kritik einer ganzen Reihe öffentlicher Mißstände eingeräumt hat und fort und fort weiter einräumt. Für den wahrheitsliebenden Leser ist es tatsächlich kaum noch möglich, sich ein Bild von den wirklichen Vorgängen und Zuständen auf gewissen Gebieten zu bilden ohne Zuhilfenahme der sozialdemokratischen Presse. Welche Wirkungen von dieser Tatsache auf die weitesten Kreise ausgehen müssen, welche schier unwiderstehliche Waffe dadurch der Sozialdemokratie in die Hand gedrückt wird, brauche ich hier wohl ebensowenig weiter auszumalen, wie den ausgibigen Gebrauch, den sie von dieser Waffe mit immer größerem und — was vom „bürgerlichen" Standpunkt am tiefsten zu beklagen — mit moralisch berechtigtem Erfolge macht. Von Fällen, die sich gar nicht mehr totschweigen, verfälschen oder verschleiern lassen, und von einzelnen wenigen Ausnahmen unter den „gutgesinnten" Blättern abgesehen, ist es ausschließlich die sozialdemokratische Presse, die das Schwert der Kritik über gewissen öffentlichen Mißständen handhabt, — selbstverständlich im Sinne und zu den Zwecken der Partei."

Was folgt aus diesen anerkennenden Worten eines bürgerlichen Blattes über die sozialdemokratische Presse für die Arbeiter? Doch vor allem das, daß sie in erster Linie die sozialdemokratische Presse zu unterstützen haben. Wenn selbst unsre ehrlichen Gegner zugeben, daß unerschrockenes Eintreten für die Rechte des Volkes und entschiedene Bekämpfung aller Mißstände im öffentlichen Leben nur von der sozialdemokratischen Presse zu erwarten ist, dann müssen sich doch die Arbeiter schämen, die überhaupt keine oder eine bürgerliche „unparteiische" Zeitung lesen. Ein solches Verhalten läßt sich nur durch geistige Trägheit oder bedauernswerten Mangel an Erkenntnis vom Wert der Presse erklären und weder den einen noch den andern Vorwurf sollte doch ein aufgeklärter Arbeiter auf sich sitzen lassen. —

* **Zur Beachtung für stellensuchendes weibliches Personal nach Berlin.** Eine kostenlose Stellenvermittlung für weibliches Hauspersonal wird am Donnerstag, den 21. d. M., vom Magistrat Charlottenburg, als Zweigstelle des städtischen Arbeitsnachweises, eröffnet. Es werden Stellen nachgewiesen nicht nur für Köchinnen, Hausmädchen, Mädchen für alles, Kochmamsells, Kammerjungfern, Kindermädchen und Kinderfrauen, sondern auch für Berufsarten wie Erzieherinnen, Kindergärtnerinnen, Kinderpflegerinnen, Wirtschafterinnen und Stützen der Hausfrau. Die Geschäftsstelle befindet sich am Wittenbergplatz 4 (Ecke Bairutherstraße) an einem der Hauptverkehrspunkte von Berlin W, dessen größter Teil zum Gemeindebezirk Charlottenburg gehört, und ist werktäglich von 9—12 und von 3—7 Uhr geöffnet. — Größere Treffräume sowie kleinere Besprechungszimmer für Dienstherrschaften und Personal sind vorgesehen, ebenso ist Fernsprech-Anschluß und zwar Amt Charlottenburg Nr. 3598 vorhanden.

* **Verzweiflungstat einer Mutter.** Hinter dem Pfälzer Schießgraben sprang am Sonntag abend eine jüngere Frau mit ihrem Söhnchen in die Saale, um sich und dem Kinde den Tod zu geben. Ein des Weges kommender Mann konnte die beiden noch rechtzeitig aus den Fluten ziehen. Mutter und Kind wurden nach der Klinik gebracht.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Der Spielplan des Stadt-Theaters hat insofern eine Aenderung erfahren, als am Donnerstag, den 21. d. M., noch einmal M. Halbes Drama Der Strom zur Aufführung gelangt. Morgen, Mittwoch, geht noch einmal die lustige Posse Der Mann im Monde in Szene. — Am Freitag findet die Premiere der dreiaktigen Komödie Sein Alibi statt. — Der Shakespeare-Zyklus wird nächste Woche mit dem Lustspiel Die bezähmte Widerspenstige eröffnet. Billetts für alle zehn Abende sind zu den bekannten ermäßigten Preisen an der Theaterkasse zu haben. — Die Opern-Saison beginnt am Sonntag, den 24. d., mit einer sorgfältig vorbereiteten Aufführung von Richard Wagners Tannhäuser.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Als erste Novität wird am Mittwoch Lothar Schmidts 3aktiges Schauspiel Josefine Martens in Szene gehen. In der Titelrolle wird Frl. Hanna v. Marten, welche bisher am Intimen Theater in Nürnberg künstlerisch tätig war, sich dem Publikum in einer größeren Aufgabe vorstellen. Das Neue Theater ist die erste Bühne in der Provinz, welche dieses Werk des bekannten Schriftstellers seinem Publikum darbietet. Die Direktion wird auch Blumental und Kadelburgs Der blinde Passagier, welches Stück schon vor zwei Jahren am Neuen Theater einen so durchschlagenden Erfolg hatte, wieder in das Repertoir der Bühne aufnehmen.

Nietleben, 18. September. (Eigen. Ber.) Der nächtliche Einbruch in den Konsumverein, bei dem Mitte August dem Lagerhalter Hagemann aus der Kontrollkasse 315 M. Bargeld, zwei Pakete Zigarren und eine Brille weggenommen worden sind, brachte es mit sich, daß der Maurer Wilhelm Hunold, 23 Jahre alt, der Arbeiter Ernst Bennewitz, 22 Jahre alt, und der Schmiedegeselle Franz Rauchfuß, 21 Jahre alt, gestern vor der Halleschen Strafkammer standen. Der Einbruch ist durch Aufheben der Jalousie und Eindrücken einer Fensterscheibe begangen worden. Die drei Angeklagten bestritten, den Diebstahl begangen zu haben. Hunold und Bennewitz sind bei dem Einbruche in den Ammendorfer Konsumverein beteiligt gewesen und auch deshalb verurteilt worden. Hunold räumte aber ein, früher einmal mit einem gewissen Beckmann, der ebenfalls bei dem Diebstahle in Ammendorf beteiligt war, nach dem Nietlebener Konsumvereine gegangen zu sein und dort nachts die Jalousie gehoben zu haben, um zu stehlen. Damals wären sie aber gestört worden, weshalb sie von dem Einbruche Abstand genommen hätten. Rauchfuß habe ihnen damals nur gezeigt, wo der Konsumverein sein Geschäft habe. Die Beweisaufnahme ergab auch, daß Hunold in jener Nacht, als der Einbruch in Nietleben verübt wurde, in Halle bei einem Freunde logiert hatte. Er soll aber einmal von einem „Unbekannten" in einem Restaurant einen Geldbetrag dafür verlangt haben, daß er den Tätern in Nietleben gezeigt habe, wie sie den Einbruch auszuführen hätten. Bezüglich der Täterschaft von Bennewitz und Rauchfuß ergab die Beweisaufnahme nichts Belastendes. Rauchfuß hat, als er Hunold den Nietlebener Konsumverein zeigte, gar nicht gewußt, daß ein Einbruch beabsichtigt war. Hunold, der auch noch beschuldigt ist, einem Maler in Erfurt ein Portemonnaie weggenommen zu haben, wurde zu einer Zusatzstrafe von einem Jahre Zuchthaus verurteilt und die anderen beiden Angeklagten wurden freigesprochen.

Aus den Nachbarkreisen.

Magdeburg, 19. September. Aus Gesundheitsrücksichten? Man berichtet uns aus Magdeburg: Ein mit großer Bestimmtheit auftretendes Gerücht besagt, daß Oberbürgermeister Schneider, der von seinem dreiwöchigen Erholungsurlaub zurückkehrt, sich demnächst aus Gesundheitsrücksichten pensionieren lassen wird. — Sollte diese Pensionierung „aus Gesundheitsrücksichten" vielleicht mit der Ultraagrarierei in Verbindung stehen, welcher das Stadtoberhaupt von Breslau in hervorragendem Maße huldigte?

Erfurt, 18. September. Durch Auffahren einer Schiebemaschine auf den in der Haltestelle Obersuhl, Direktionsbezirk Erfurt, stehenden Zug 202 wurden gestern sechs Reisende leicht verletzt. Die Schiebemaschine ist beschädigt.

Aus dem Reiche.

Berlin. Unter dem Verdachte, seine Geliebte, die Buchhalterin Marta Polz aus der Stargarderstraße 17 vergiftet zu haben, ist der 21 Jahre alte Schlosser Max Grundmann, der bei seinen Eltern in der Pappelallee 115 wohnt, von der Polizei verhaftet worden.

— Ueber das Vermögen des flüchtigen Prokuristen Spiegel von der Aktiengesellschaft Oberschlesische Kotswerke und Chemische Fabriken ist vom Amtsgerichte II Konkurs eröffnet worden.

Chemnitz. Am Montag früh wurde von dem Riesa-Chemnitzer Zuge bei Langenberg ein Soldat überfahren und getötet.

Tiefenbrunn i. Vogtl. Am Sonnabend nachmittag entlud sich ein dem Bäckergesellen Ernst Simon gehöriger Revolver und traf den in der Nähe stehenden Bäckermeister Bernhard Michael. Als dieser zusammenbrach, glaubte der Bäckergeselle den Meister getötet zu haben und schoß sich gleich darauf eine Kugel in den Kopf. Der Tod trat fast auf der Stelle ein.

Breslau. Ein Attentat gegen den Eisenbahnzug, daß dem Anschein nach dem Berliner Schnellzug Nr. 2 gegolten, wurde auf der Strecke Beuthen-Oppeln unweit der Station Blocknitz verübt. Die Attentäter hatten beide Gleise mit schweren Sandsteinen belegt. Glücklicherweise vermochte die schwere Güterlokomotive eines die Strecke durchfahrenden Güterzuges die Steine zu zermalmen, sie erlitt dabei aber sehr große Beschädigungen. Die Attentäter hatten auch die Signallaterne zertrümmert.

Göttingen. In Mainzholzen brannte das Anwesen des Bahnwärters Herold nieder, nachdem dieser die Vorbereitungen zur Flucht seiner Tochter getroffen hatte. Aus Verzweiflung darüber ertränkte sich seine Frau im Brunnen.

Gelsenkirchen. Spielende Knaben fanden auf dem Speicher eines Hauses die noch warme Leiche der achtjährigen Maria, Tochter des Bergmanns Katzinski. Das Kind ist vermutlich von einem unbekannten Manne durch Versprechungen auf den Speicher gelockt und dort erdrosselt worden, nachdem dieser ein Sittlichkeitsverbrechen an ihm begangen hat.

Mülheim (Rhein). Tödlich verletzt wurden zwei Personen durch Messerstiche. Ein Fuhrmann blieb tot auf dem Platze. Er war von einem Nebenbuhler wegen einer Witwe erschlagen worden.

Nürnberg. In einem Nürnberger Weinrestaurant hat sich der verhetratete Kaufmann Ode während eines Streites mit seiner Frau erschossen. Ode stammt aus Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050920-19/fragment/page=0007

Heidelberg. Die 27 Jahre alte Ehefrau des Milchhändlers Sauer hat sich und ihr 2½ Jahre altes Kind, das sie mit einem Strick an sich gebunden hatte, im Neckar ertränkt.

Lübeck. Die Zahl der schweren Typhuserkrankungen nimmt in der Umgegend von Ahrensbock zu.

Vermischtes.

* **Neue Erdbeben in Süditalien.** Infolge eines starken Erdstoßes stürzten Montag in mehreren Ortschaften Häuser ein. Es ist jedoch niemand verletzt worden. In San Pietro ereignete sich ein Erdstoß während der Anwesenheit des Ministers Ferraris. Die erschreckte Bevölkerung floh. In Mortirano fand ein großer Erdsturz statt. Dabei stürzte ein Berg ins Tal und zerstörte mehrere Gebäude. In Fambrone (Bez. Monteleone) wurde ein Bauer, der vor neun Tagen verschüttet worden war, noch lebend ans Tageslicht befördert. In Stromboli dauert der Ausbruch fort.

Während der Sonntag Nacht kamen wieder mehrere starke Erdstöße vor und verursachten Panik. Die Nachrichten über den angerichteten Schaden in den Provinzen Catanzaro und Cosenza bestätigen sich. Das Telegraphenbureau in Cosenza ist eingestürzt; die Beamten haben sich durch die Flucht gerettet.

Einer amtlichen Aufstellung zufolge sind 77 Gemeinden der Provinz Cansonza, 50 der Provinz Reggo del Calabre und 91 der Provinz Canzaro von dem Erdbeben in Mitleidenschaft gezogen.

Letzte Nachrichten.

Revolution in Rußland.

Petersburg, 19. September. Die russische Regierung beabsichtigt, eine zweite Friedenskonferenz nach dem Haag zusammenzuberufen.

Tiflis, 19. September. Gestern abend 9 Uhr versuchten 2000 Personen den Passagierzug, der die Post mitführt, in Abacha zu plündern. Es war der demonstrierenden Menge bereits gelungen, die Lokomotive abzukoppeln, doch warf sich in diesem Augenblick eine Anzahl Bahnbeamter, durch Polizei verstärkt, den Angreifern entgegen und gab Schüsse auf sie ab. Mehrere Personen wurden getötet, viele verwundet, die übrigen flüchteten. Die Post ist gerettet.

Baku, 19. Sept. Das Morden und Plündern dauert fort, zahlreiche Läden sind geschlossen, trotz des Verbots des Gouverneurs, der eine Strafe von 3000 Rubel für jeden Ladenbesitzer festsetzt, der sein Geschäft nicht geöffnet hält.

Berlin, 19. Sept. Die Nachricht, daß die Oeffnung der russischen Grenzen für die Einfuhr des erhöhten Schweinekontingents unmittelbar bevorstehe, ist, wie die Allg. Fleischerzeitung zuverlässig erfahren haben will, nicht zutreffend. Das Gerücht sei darauf zurückzuführen, daß ein Beamter des preußischen Landwirtschaftsministeriums in den letzten Tagen auf den russischen Viehmärkten weilte, um sich zu „informieren".

Dar-es-Salaam, 19. Sept. Stabsarzt Zupitza berichtet aus Youngu, daß das ganze Mahengegebiet bis auf den Bereich des Sultans von Kiwanga aufständisch ist. Die Verbindung zwischen Wiedhafen am Nyanzasee und Songea ist abgeschnitten.

Berlin, 19. September. Wie nachträglich bekannt wird, sind Sonntag nachmittag auf der Dahme infolge Umschlagens eines Segelboots drei Personen ertrunken. Die Personalien der Verunglückten konnten noch nicht festgestellt werden.

München, 19. September. Zum Intendanten des königlichen Theaters als Nachfolger Possarts wurde Oberst Freiherr v. Speidel, bisher Generalstabschef in Würzburg, ernannt.

Grimma, 19. September. Einem Privattelegramm zufolge ist hierselbst ein Maurerstreik ausgebrochen. Es arbeiten nur noch Poliere und Lehrlinge.

Witten, 19. September. Im Orte Schnee bei Witten überfielen 4 Personen den verheirateten Bergmann Gies, würgten ihn und brachten ihm mehrere Stiche bei in Rücken und Kopf, worauf sie den tödlich Verletzten abseits von der Straße schleiften und in einem Gebüsch zu einem dort befindlichen, verlassenen Steinbruch hinabstürzten. Die Täter sind verhaftet.

Stockholm, 19. Sept. Die norwegischen Zeitungen, die hier eintreffen, enthalten Bekanntmachungen, worin Freiwillige zum Eintritt in die Armee aufgefordert werden. Zahlreiche Telegramme und Berichte aus Norwegen bestätigen trotz aller Dementis den intensiven Fortgang der Mobilisierung (?). Es heißt, daß Schweden jetzt ebenfalls Maßregeln treffen werde.

Briefkasten der Redaktion.

Tauche. Bei uns ist außer der Postkarte nichts eingegangen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 16. September.

Aufgeboten: Kaufmann Beyer und Ida Thomas (Domstraße 5 und Steinweg 54); Former Gustav Hellmund und Antonie Seifert (Dachritzstraße 13 und Gütchenstraße 13). Geschäftsdiener Bobbe und Minna Meinhardt (Kleine Ulrichstraße 31 und Spitze 15). Rangierer Burgsdorf und Elly Müller (Schillerstraße 25 und Forsterstraße 39). Zuschneider Johne und Martha Gräfe (Zinkgartenstraße 14 und Zwingerstraße 10). Geometer Sachs und Margarete Trümpler (Lessingstraße 36 u. Gottesackerstr. 12). Kellner Jacoby und Anna Borschel (Trebichau). Fleischer Müller und Klara Frydrychowski (Halle a. S. und Leimbach). Schmied Beyer und Anna Probst (Kapitz und Halle a. S.)

Eheschließungen: Lokomotivhilfsheizer Illing und Hedwig Klemm (Charlottenstr. 22 und Brüderstr. 8). Kaufmann Becker und Frieda Hesselbarth (Spiegelstr. 2). Schlosser Korbitzki und Lina Dimmler (Landwehrstr. 14 und Oberpeißen). Lokomotivführer Pretich und Anna Ruch (Meckelstr. 14 und Krukenbergstraße 7). Arbeiter Tischendorf und Berta Fritzsche (Schmiedestraße 27 und Schmiedstraße 19). Böttcher Lehmann und Helene Fritze (Merseburgerstr. 32 und Weingärten 38). Postbote Wagner und Amalie Becker (Prinzenstr. 12 und Fröhlnitz). Bauingenieur Otto und Margarete Speerreuter (Berlin und Margaretenstr. 5). Steinsetzer Ganzer und Anna Mündel (Torstraße 17 und Torstr. 51). Bahnarbeiter Hagemann und Auguste Lönnecker (Kellnerstr. 10b und Gr. Brauhausstraße 7).

Geboren: Müller Strehler T. (Herrenstr. 6). Telegraphenmechaniker Gerstäcker T. (Ladenbergstr. 3). Kaufmann Hintsch S. (Große Steinstraße 44). Ingenieur Böhmel S. (Zwingerstraße 26). Postschaffner Drubig S. (Am Bauhof 8). Arbeiter Neumann S. (Klinik).

Gestorben: Schmied Deutschmann, 42 J. (Bergmannstrost). Restaurateurs Wedekind T., 15 J. (Klinik). Kupferschmieds Wister T., 3 M. (Merseburgerstraße 109). Maurers Bierbach Ehefrau Minna geb. Straube, 49 J. (St. Elisabeth-Krankenhaus). Schuhmachers Sachse T., 1 M. (Jakobstr. 27). Marie Zeiz, 61 J. (Große Ulrichstraße 2). Ingenieurs Thumann S., totgeb. (Prinzenstraße 12). Bauarbeiters Weinrich T., 5 M. (Freiimfelderstraße 20). Witwe Klara Schultze geb. Helmbold, 47 J. (Neue Promenade 9).

Verantwortlicher Redakteur: A. Molkenbuhr in Halle.

Vergleichen Sie bitte Qualität und Preise!

Herren-Normalhemden	88 Pf.,	1.25 bis z. besten.	Frauen-Westen gestreift	98 Pf.,	1.25 bis z. besten.	Herren-Socken reine Wolle von	60 Pf. an.	Kaufhaus **H. Elkan,** Leipzigerstrasse 87. Billigstes Kaufhaus.
Herren-Normalhosen	98 Pf.,	1.35 bis z. besten.	Frauen-Barchent-Hosen	98 Pf.,	1.45 bis z. besten.	Frauen-Strümpfe reine Wolle von	98 Pf. an.	
Herren-Strickjacken	98 Pf.,	1.30 bis z. besten.	Frauen-Normal-Hosen	1 Mk.,	1.25 1.60 bis z. besten.	Kinderstrümpfe Wolle und Baumwolle, in weiß, schwarz, gestreift und kariert.		
Herren-Jagdwesten	1 Mk.,	1.35 1.90 bis z. besten.	Frauen-Barchent-Röcke	85 Pf.,	98 bis z. besten.			

Ausgabe von Marken sämtlicher Konsum-Vereine von Halle und Umgegend oder meiner Spar-Rabatt-Marken. — Auf Wunsch 5 Prozent in bar.

Täglich frische **Bücklinge.** Fettriefende **ger. Heringe,** Stück 10 Pfg. **Emil Wüster Nachf.,** Thalamtstr. 7. Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Den höchsten Wert in Bar! zahle ich für Lumpen aller Art, Alteisen, Knochen, Papier usw. **A. Samuel,** Herrenstraße 26, Telefon 2959.

Freidenker-Vereinigung Halle a. S. und Umgegend. Mittwoch den 20. September abends 8½ Uhr im Saale des „Weißen Roß", Geiststraße 5 **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag: Zweck und Ziele der Vereinigung und wie wird agitiert. 2. Vereinsangelegenheiten und Aufnahme von Mitgliedern. Einer regen Beteiligung sowie Aussprache über den Vortrag sieht entgegen Der Vorstand. Gäste haben freien Zutritt.

Konsumverein zu Theissen. Inventur halber bleibt unser Geschäftslokal am **Mittwoch den 4. Oktober cr. geschlossen.** Der Umtausch der Lieferanten- gegen Dividenden-Marken erfolgt am Sonntag den 24. September cr. von früh 7 bis mittags 1 Uhr (ausschließlich der Zeit des Gottesdienstes). Die Dividendenmarken sind bis 3. Oktober abends im Geschäftslokale abzugeben. Die Kuverts dazu sind dort erhältlich. Theißen, den 18. September 1905. Der Vorstand.

Bei **Alten, schmerzhaften Fussleiden** (offenen Füßen, eiternden Wunden 2c.) hat sich das Gell'sche Universal-Heilmittel, bestehend aus Salbe, Gaze, Blutreinigungsthee (Preis komplett Mk. 2.50) vorzüglich bewährt. Schmerzen verschwinden sofort. Anerkennungsschreiben laufen fortwährend ein. Das Universal-Heilmittel, prämiiert mit 4 goldenen Medaillen, ist nur allein zu bez. durch die Gell'sche Apotheke, Osterhofen 86 (Niedr.-Bayern). Gell's Universal-Heilsalbe, Gaze und Blutreinigungsthee sind gesetzlich geschützt.

Für **Schuhwarenhändler** empfehle mein großes Lager in **Filzschuhen u. Pantoffeln** zu außerordentlich billigen Engrospreisen. **H. Elkan,** Kaufhaus Halle a. S., Leipzigerstraße 87.

Blechschmiede werden eingestellt Neußere Delitzscherstraße 10.

Neue große **Vollheringe** billigst **Emil Wüster Nachf.,** Thalamtstr. 7. Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Möbel, Ausstattungen Billigste Bezugsquelle für **Wohnungs-Einrichtungen! Salons, Wohnzimmer, Schlafzimmer. Große Verkaufssäle.** Reelste Bedienung! **M. Schemmel's** Möbelmagazin, nur Rathausstrasse 6. Transport frei.

Neue Sofas verk. bill. Lutzgasse 1, III r.

Stadt-Theater Halle a. S. Direktion: M. Richards. Mittwoch den 20. Sept. 1905: 7. Ab.-Vorst. Beamtenkarten gültig. 3. Viertel. **Der Mann im Monde.** Original-Posse in 5 Bildern von Ed. Jacobsohn. Musik von Michaelis. Donnerstag den 21. Sept. 1905: 8. Ab.-Vorst. Beamtenkarten gültig. 4. Viertel. **Der Strom.** Drama in 3 Akten von Max Halbe.

Neues Theater. Direktion: E. M. Mauthner. Mittwoch den 20. Septbr., abends 8. Novität: Zum 1. Male: Josefine Martens.

Apollo-Theater Direktion: Gustav Poller. Gastspiel des Berliner **Thalia-Theaters.** Wiederum: Jubelnder Beifall und Glänzender Erfolg der Novität: **Götterweiber.** Großes Pracht- Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Kren u. Schönfeld. Musik von Max Schmidt. **Emil Sondermann a. G.** Im 1. Akt: Gartenfest im Automobilklub. Im 2. Akt: Revue der Ansichtskarten-Modelle. Götterweiber-Marsch. Lebende Ansichtskarten. Im 3. Akt: Die Wach- und Schließ-Gesellschaft. Großes Jagdsignale. (Hubertusjagd.)

Flechten-Kranke erhalten umsonst und portofrei erklärende Vorschrift der Behandlungsart über sichere Befreiung der Flechtenkrankheit, Schuppen, auch Barstflechte und sonstigen hartnäckigen Ausschlag. **W. Sommer, Leipzig-R. 43, Oststraße 30.**

Aufarb. sämtl. Polsterarbeiten wird saub. u. billig ausgeführt. Lützkendorf, Geiststr. 35, IV, u. Schlosserstr. 43, Hof.

Walhalla-Theater. Direktion: Otto Herrmann. Anfang 8 Uhr. Kassenöffn. 7 Uhr. Glänzendes **Varietee-Programm.** Auftreten nur erstklassiger Künstler, unter anderem: Les Figinis mit ihrer sensationellen akrobatischen Neuheit. The Great Barra-Troupe, amerikanischer Militär-Musikal-Akt. Carl Brotschneider, Original-Gesangs-Humorist. Duo Paulus, die besten holländischen Duettisten. La belle Astoria and Her 2 American Star Negro Dancers und der anderen 6 Attraktionen.

Restaur. Weltkugel, Inh.: Ernst Rosche, Merseburgerstr. 24. Mittwoch d. 20. Septbr. Erstes großes **Schlachtefest,** wozu freundlichst einladet D. O.

Gasthof Luckenau. Sonntag den 24. September **Mädchenball** des Jungfrauen-Vereins daselbst, wobei mit Speisen und Getränken bestens aufwartet Reinh. Herzog.

Paul u. Max Drietchen, Zigarren-Spezial-Handlung, Wörmlitzerstr. 109. Merseburgerstr. 48. empfehlen sich den verehrten Lesern bei Bedarf. Kulante Bedienung. Qualitäten.

Damen- und Kindergarderobe wird sauber und billig angefertigt Merseburgerstraße 35, II r.

Puppenklinik (Neumarkt) Geiststrasse 16. Thüringer Puppenfabriklager. **Puppenperücken** von echtem Haar, unverwüstlich, in dreierlei Farben. Kleider, Wäsche, Schuhe, Strümpfe.

Prima neuen **Delikatess-Sauerkohl** a Pfd. 5 Pfg. offeriert **Emil Wüster Nachf.,** Thalamtstr. 7. Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Pfeifen in großer Auswahl. Neueste Muster. Billigste Preise. **F. Saatz,** Markt, Rathaus.

Frischgekochtes Pflaumenmus hochfein. Töpfe zum Warmeinfüllen werden bald erbeten bei Gustav Friedrich, Bärgasse am Markt.

Hochf. thüring. **Musgewürz** empfiehlt **Alfred Apelt.**

Neue Nähmaschinen mit 5 Jahr Garantie 48 Mark. Nähmaschinen- u. Fahrrad-Handl. Konrad Wurmstich, Merseburgerstr. 163.

Alle Arten Haushaltbürsten empfiehlt Osk. Hönicke, Nikolaistr. 4.

Räumfuhren werden angenommen und gut ausgef. H. Weinholz, Harz 5.

Räumfuhren jeder Art besorgt billig Alb. Ackermann, Mühlberg 10.

Mehrere tüchtige Metalldreher stellt bei hohem Lohn ein Herm. Wintzer, Langestraße 24.

Tüchtiger Klempner für Gas- u. Wasserleitung gesucht Taubenstraße 3.

Malergehilfen u. Anstreicher stellt ein A. Hummel, Körnerstr. 27.

Ehrenerklärung! Die Beleidigung gegen Herrn Paul Hennig nehme ich zurück, da dieselbe nicht auf Wahrheit beruht. F. K.

Makulatur verkauft **Volksblatt-Druckerei.**

Feinste marinierte **Heringe** 2 Stück 25 Pfg. **Emil Wüster Nachf.,** Thalamtstr. 7. Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050920-19/fragment/page=0008